



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

286 (24.6.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-166407](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-166407)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich,
Beleglohn 30 Pfg., durch die
Post inkl. Postauschlag Mk. 3.42
pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Beile 30 Pfg.
Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 286.

Mannheim, Mittwoch, 24. Juni 1914.

(Abendsblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst
10 Seiten.

Persien und seine „Beschützer“.

London, 22. Juni.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die „Beschützer“ Persiens — Russen und Engländer — sind auf dem besten Wege, ihren Schutzbefohlenen in freundschaftlicher Umarmung zu erdrücken. Der den Verlauf persischer Angelegenheiten verfolgt hat, kann nicht übersehen sein, dass die Petersburger Regierung jetzt Mittel ergreift, die Nordpersien völlig zu einer russischen Provinz machen sollen. Nach den bekannten Schritten, die in Persien im Jahre 1912 verhängen die Russen eine Zeitlang in persischer Untertänigkeit. Nachdem sie alle zur Einführung von Reformen von der persischen Regierung eingesetzt fremden Beamten werden, alle Führer der nationalistischen Partei im geheimen bei Seite geschafft oder öffentlich in Exil und Chai geschickt, die Provinz mit 10 000 Mann besetzt, den von der persischen Regierung ernannten Statthalter abgesetzt und auf seinen Posten einen ihnen ergebeneren Vize-Statthalter gestellt hatten, dürfen die Russen es sich in der Tat leisten, ein wenig von der Arbeit auszurufen und erst einmal die Wirkung der an dem persischen Patienten vollzogenen Operation abzuwarten.

Nach der kurzen Zwischenpause wird nun aber der Patient von neuem in Behandlung genommen. Wie der „Times“-Berichter in Teheran meldet, richtet Russland, nachdem es die persische Verwaltung vernichtet hat, seine Tätigkeit jetzt darauf, das russische Verwaltungssystem in Nordpersien einzuführen und es schrittweise auf das ganze Land auszudehnen, indem es alle Befugnisse an sich reißt, die vormals der persischen Regierung zustanden. In Teheran dürfen die belgischen Beamten des Schatzamts bereits keine Steuern mehr einziehen, Ausgaben von Grund und Boden, Abgabe und Transportzölle werden jetzt von den Agenten des russischen Konsuls im Namen des von der russischen Regierung eingesetzten Statthalters Sina-ed-Daulah erhoben. Und alles das geschieht, während durch das englisch-russische Abkommen von 1907 die Unabhängigkeit Persiens gewährleistet ist! Zu alle dem aber gefügt sich noch eine andere höchst wichtige Maßnahme, die gegenwärtig durchge-

führt wird — nämlich die Besiedlung Nordpersiens durch russische Bauern.

Beamtete des russischen Landwirtschaftlichen Vermessungsstabes haben seit einiger Zeit in Khorassan und den kaspiischen Provinzen Inspektionsreisen gemacht, die zum Ergebnis gehabt haben, dass große Landstücke in Grundstücke abgeteilt und für russische Einwanderer bereit gestellt worden sind. Hierin stehen jetzt Familien russischer Emigranten, die von den Steppen des europäischen Russlands in das östliche Transkaspien und in die transkaspiischen Provinzen gewandert waren und die nun, nachdem sie mit der Kolonisation jener Ländereien keinen Erfolg gehabt haben, durch Versprechungen großer Erleichterungen und Vorteile dazu bewogen worden sind, in Persien einzuwandern und so der russischen Regierung einen weiteren Vorwand zu liefern, eine Kontrolle über die Verwaltung dieser Provinzen auszuüben. Ganze Teile der russischen Sphäre Persiens sind somit tatsächlich dem Russen einverleibt, und den Befehlen des Statthalters von Teheran wird Gehorsam geleistet, während die Verfügungen des Schahs keine Beachtung mehr finden.

Nordpersien ist rettungslos verloren. Das ließ sich, wie schon angedeutet, voraussehen. Ueberraschender ist es dagegen, dass nun auch der Süden Persiens, wo die Engländer sich bisher sorgfältig der Gemischtheit enthielten und Truppen nur zum Schutz ihrer Konsulate beibehielten, in seiner Unabhängigkeit bedroht erscheint. In der in vergangener Woche stattgefundenen Unterhandlung über den Vorschlag Churchill, nach welchem die englische Regierung die tatsächliche Befehlsgewalt in den Händen einer internationalen Gesellschaft befindlichen Gebiete in Südpersien werden soll, trat als der bedeutendste Umstand zweifellos die Haltung des Ministers des Auswärtigen hervor. Es war auffallend, wie leichtsinnig Sir Edward Grey die Gefahren abtat, die jenes inmitten aufeinanderstehender Stämme durchzuführende Unternehmen mit sich bringt, und wie gering er ansah, die Wirkung einschätzte, die diese Schaffung ganz neuer und wichtiger persischer Interessen auf die auswärtige Politik Englands ausüben würde. Selbst wenn sich das Schlimmste ereignete, so erklärte er, würde im Falle von förmlichen Unruhen die Beschäftigung der Werke keine so schwierige Aufgabe sein, wie sie von einem Vordenker beschrieben worden sei: „Auch wenn die Kolonie so groß wäre,“ sagte er, „würde die Kolonie so groß sein, so würde das kein so gewaltiges Unternehmen sein. ... zwei Brigaden würden hierfür genügen.“ Wenn

man in Betracht zieht, dass der britische Minister des Auswärtigen die Verwendung britischer Truppen zur Beschäftigung britischer Handelsinteressen in Südpersien beibehalten und hartnäckig verteidigt hat und dass die Desquellens sogar außerhalb der britischen Sphäre, d. h. in der durch das englisch-russische Abkommen vereinbarten neutralen Zone des Landes liegen, so wird diese plötzliche volte face nur durch die Annahme erklärlich, dass außer den Selbstbedürfnissen der Marine auch wichtigen politischen Interessen mit dem neuen Schachzug gebietet werden soll. In Persien treibt ein Keil den andern. Russland arbeitet nachsichtslos für die Ausbreitung seines Einflusses im Norden, und England sucht augenscheinlich durch seine Festsetzung in den Erdbereichen des Südens ein Gegengewicht gegen seinen ländergrenzen Entengewinn zu gewinnen. Für den Augenblick hat England durch die neue Erweiterung seine Machtstellung weiter befestigt. Sicher aber wird Russland sich dadurch nur noch zu energischerer Verfolgung seiner Ziele angetrieben fühlen, die Grenzen der russischen und der britischen Herrschaftsgebiete in Mittelasien werden immer näher aneinander rücken, und das, was England durch das Abkommen von 1907 zu erreichen suchte — Persien als Pufferstaat zwischen den beiden Reichen aufrechtzuerhalten — wird es selber vereitelt haben, und die englische Politik wird sich von neuem der Möglichkeit künftiger Interessensreitungen im mittleren Osten ausgesetzt sehen.

Ohne indes allzu sehr in die Zukunft zu schweifen, darf man sich jedenfalls mit der „Daily News“ einverstanden erklären, wenn sie behauptet, dass das Einwirken britischer Regierungsinteressen in die neutrale Zone sich als „ein weiterer Nagel“ — und zwar als ein sehr großer — zu dem Sarg der persischen Unabhängigkeit erweisen wird. Aufolge des von der britischen Regierung beschlossenen Unternehmens wird sich in der Tat das Schicksal Persiens schneller vollziehen, als bis dahin zu erwarten stand.

Politische Uebersicht.

Mannheim, den 24. Juni 1914.

Zum liberalen Wahl- abkommen in Sachsen.

Schreibt die „Sächs. Natib. Korresp.“:
„Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen hat am Sonntag, den 14. Juni das in Aussicht genommene Landtagswahl-

abkommen mit der nationalliberalen Partei in der Fassung der Kommission mit 132 gegen 8 Stimmen, die aus dem 15. und 23. städt. Landtagswahlkreise kamen, genehmigt. Damit ist, so hieß es sofort in der Presse, das Wahlabkommen perfekt.“ Dem ist nicht so. Die von dem fortschrittlichen Parteitag akzeptierte Kommissionsfassung enthält in einzelnen Punkten Abweichungen von der Gestalt, in der die leitenden Instanzen der Nationalliberalen Partei das Abkommen genehmigt hatten. Diese Differenzen sind noch nicht ausgeglichen.

Auf dem fortschrittlichen Parteitag wurde mitgeteilt, dass sich die Unterhändler auf einige Grundzüge geeinigt hätten, von denen der eine wie folgt lautet:

Bei den beiderseitigen Parteileitungen ist dahin zu wirken, dass vor der Hauptwahl jede Rundgebung über die Stichwahl unterlassen wird.

In diese Mitteilung knüpft die konservative Presse lebhaftest Betrachtungen. Wir bemerken diesen gegenüber folgendes: Es versteht sich von selbst, dass bei einem Wahlabkommen die Teilnehmer, also hier die Nationalliberalen und die Fortschrittler, einander nicht nur in den Hauptwahlen, sondern auch in den Stichwahlen unterstützen. Ein Nationalliberaler ist also von den Fortschrittler auch da zu unterstützen, wo er mit einem Sozialdemokraten in Stichwahl steht, und ein Fortschrittler ist von den Nationalliberalen auch da zu unterstützen, wo er mit einem Konservativen in Stichwahl steht. So wird es, wenn das Abkommen perfekt wird, von beiden liberalen Parteien sicherlich gehalten werden.

Damit zu rechnen, dass der eigene Kandidat durchfällt, widerspricht nicht bloß der Gerechtigkeit, sondern vor allem den Regeln der politischen Erfahrung. Diese Regeln gebieten vielmehr, alles daran zu setzen, dass der eigene Kandidat siegt, und dazu gehört es auch, dass man den Gedanken an eine Niederlage ablehnt. Fällt die Stichwahl dennoch ungünstig aus, dann — nicht vorher — ist der Zeitpunkt für Ausgabe der Stichwahlparole gekommen. Wenn die Konservativen Vorkommnisse empfinden, so bestehen die Gründe offenbar darin, dass sie die Folgen der von ihrer Presse veranstalteten unehrerbigen und unerschütterlichen Hege gegen die Liberalen fürchten, und dass sie in Stichwahlen einen schlechten Gewissen haben, namentlich seit der roten Feindbrandparole von 1911/12, der getreu im Januar 1912 die konservativen Parteigänger im 23. sächsischen Reichstagswahlkreis dem Sozialdemokraten zum Siege über den Liberalen verhelfen. Diesen Vorkommnissen abzuweichen, kommt den Konservativen zu, nicht uns. Im

Seuilleton

Von kleinen Leuten und hohen Obriheiten.

Von Georg Quertl*)

Vom maderen Essen.

Der Schmid Simmerl von Bercha ist der stärkste Esser im Land.

Das Schweinefleisch mag er gern, und wenn's fünf überwerchte Finger Speck hat, dann mag er's am liebsten. Da kann er stundenlang essen und wird nicht müde dabei.

Aber eines schönen Tags ist der Schmid Simmerl krank geworden und hat sich ins Bett legen müssen. Und der Doktor hat kommen müssen und der Bauer und schließlich auch noch die hochheiligen Träubl von Balchstatt, wie die Sach immer öfter hergeschaut hat. Und die hochheiligen Träubl, die hat im dann ein kleines Bissel wieder hergesehen, aber recht matt und schwach ist er halt doch noch gewesen.

Und die Träubl hat zu der Schmiebin gesagt:

*) Aus: „Von kleinen Leuten und hohen Obriheiten“ von Georg Quertl. (Verlag Piper u. Co., München.)

„Er wird schon wieder, der Deimige, das verspricht ich dir auf die Hand.“

„Reinst?“ hat die Schmiebin gejamert.

Und dann ist die Schmiebin hergegangen und hat gut fünf Pfund Schweinefleisch beim Metzger von Bercha gekauft und hat's schon im Haus gesotten und hat's dem Simmerl ans Bett gebracht. Ein Schweinefleisch mit fünf überwerchte Finger Speck.

Der Simmerl hat die Gabel genommen und das Messer und hat's probiert mit dem Essen.

„Es ist nix Gnuas!“ hat er dann gejamert. Und faucher hat die Schmiebin ein gutes Pfund wieder wegtragen müssen.

„O mei,“ hat sie dann zu der Träubl gesagt. „Der wird mir nicht mehr und ich mag mich schon um einen andern umschauen; kaum angegriffen hat er das gute Essen. Grad ein Bissel runghür.“

Die aus dem Kloster heraustrinken.

Und wenn's noch einmal so schön ist im Kloster, wie die Kapuziner immer predigen, ein paar Beutl findet in jedem Kloster, die die Klutter gern wieder hergeben täten.

Derselbige Bischof hat die Prob drauf gemacht.

Ja ins Kloster gehen und hat zu der Frau Kestiffin gesagt: „So, jetzt will ich eine von euch aus dem Kloster lassen. Sei so gut, liebe Kestiffin, und ruf mir alle deine Klosterfrauen zusammen.“

Was, sie ruft alle ihre Klosterfrauen zusammen und der Bischof sagt: „Eine darf also heraus und das soll diejenige sein, die so den allergeringsten Mund hat.“

Da hat die Frau Kestiffin den Mund ordentlich zusammengezogen und nach oben und unten gespielt und hat gesagt: „Ne, es nützt nichts!“

Sagt der Bischof: „Und dann darf noch eine aus dem Kloster, das ist die, wo den allergrößten Mund hat.“

Hat die Frau Kestiffin den Mund gleich auseinandergezogen von einem Ohr zum andern und hat gemeint, der ist in der Wiegen mit einem schmalen Säbel das Mus geben worn und hat gesagt: „Wann das wärrä!“

Weiter weh ich die Kestiffin selber mit. Ja sie rauskommen, in sie mit rauskommen — vielleicht kommt ich einmal an demselben Kloster vorbei, dann will ich nachfragen.

Kunst und Wissenschaft. Gedankenspäne von Wilhelm Raabe.

Aus einem Notizbuch des Dichters, das 1874 und 1875 beschriebene wurde, veröffentlicht die „Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes“ folgende Gedankenspäne:

Was ein bedeutender Mensch Mittelmäßiges gemacht hat, das ist von größerem Werte für die Menschheit, als was ein mittelmäßiger Mensch Bedeutendes gemacht.

Ein ächter Dichter sagt: Ich! Dieses heißt: die Gebilde seiner Phantasie haben eine solche Wirklichkeit, daß sie die Gebilde des Tages ihm vollständig zurückdrängen oder sich subsumieren. — Nachher spricht die Nation von Vaterlandsliebe und dergleichen.

Auch in der Kunst und in der Literatur hat jedes Werk einen Kadel.

Als Parabel steht Goethe höher als Shakespears, weil er viel weniger besungen in den Dingen ist als dieser.

Wenn ich nicht ein großer Poet bin auf dem Papier, bin ich's doch in der Wirklichkeit. Ich habe in meiner Seele die Existenz von Hunderten von Individuen durchgelebt, und mehr als mag nun das Theatrum mundi zu Grunde gehen.

Die sonderbare Gemütsstimmung, die bei heiligem bevorzugten Naturen ein längeres Leben heraufbringt; daß sie unter den Lasten des Lebens verwundet stehen und sich fragen: Was hab ich, denn es nichts angeht — nichts mehr angeht! Was hab ich nicht die Andern, die mit Leib und Seele dabei

übrigen kann über die grundsätzliche Stellung unserer Partei zu Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten kaum noch jemand im Zweifel sein."

Deutsches Reich.

Das Kaufmannsgerichtsgesetz wurde vor nunmehr 10 Jahren, am 16. Juni 1904, vom Reichstag verabschiedet. Die letzten parlamentarischen Kämpfe drehten sich besonders um das Wahlrecht der Handelsgesellschafter zu den Bezirks- und Wahlkreisen. Die Reichstagskommission hatte das aktive Frauenwahlrecht zugelassen wollen, aber die Reichsregierung erklärte die Forderung für unannehmbar. Der Zentralverband der Handelsgesellschafter hat jetzt eine neue Agitation für die Ausgestaltung des Kaufmannsgerichtsgesetzes eingeleitet. Zahlreiche Ortsgruppen des Verbandes haben Eingaben an den Bundesrat gerichtet, in denen die lückenlose Ausdehnung der Kaufmannsgerichtsbarkeit auf das ganze Reich und das Wahlrecht der weiblichen Angehörigen zu den Bezirkswahlen gefordert wird.

75-jähriger Geburtstag des Reichlichen Geheimrats Dr. Oskar Hamm. Die Nationalliberale Partei hat abermals Anlaß, ein Jubiläum zu feiern. Am 24. Juni begeht der Reichliche Geheimrat Dr. Oskar Hamm, Mitglied des Herrenhauses, in Bonn seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag. Die Reichliche Anzeiger schreibt hierzu: „In der Juristenwelt genießt Hamm hohes Ansehen nicht nur auf Grund seiner erfolgreichen Tätigkeit als Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Oberreichsanwalt und zuletzt Oberlandesgerichtspräsident, sondern auch dadurch, daß er immer noch mit bewundernswürdiger Frische zu den vielen juristischen Streitfragen des Tages Stellung nimmt. Politisch ist Hamm allezeit ein überzeugter Anhänger und bereiteter Verfechter des national-liberalen Gedankens gewesen. Nicht nur in seiner rheinischen Heimat hat er allezeit in den vordersten Reihen gestanden, sondern auch im Reichstagsrat hat er in vielen Fragen ein zielbewußtes Führer gewesen. Dessen gedenken die Parteifreunde auch heute und verbinden damit den Wunsch, daß ihm noch ein recht langer Lebensabend beschieden sein möge.“

Badische Politik.

Der Proporz für die drei größten Städte.

(Karlsruhe, 23. Juni.) Wie bekannt ist, wird die Erste Kammer der Einführung des Proporz für die drei größten Städte nicht unterbreiten; hiermit befindet sie sich im Einklang mit der Regierung, die ebenfalls der Meinung ist, daß die Verhältnisse in den Städten (wobei nur solche mit mindestens 3 Abgeordneten in Betracht kommen können) geändert ist, als die jetzt gültige Einteilung der Städte in Wahlkreise. Die Regierung erkannte an, daß den Rinderheiten bessere Gelegenheit zur Erlangung einer Vertretung zu gewähren sei. Nach den Stimmengablen der Wahl von 1913 erhalten, wie der „Schwab. Kurier“ ausrechnet, in Mannheim Nationalliberale 1, (haben nach dem geltenden Einkommensrecht 1), die Volkspartei 1 (statt 0), die Sozialdemokratie 3 (statt 4). Es wäre also ein Mandat der Sozialdemokratie an die Volkspartei gefallen, wenn der Proporz bestanden hätte. In Karlsruhe hätten erhalten: die Nationalliberalen 1 (1), die Volkspartei 0 (statt 1), die Sozialdemokratie 3 (statt 2); hier hätten also umgekehrt die Sozialdemokraten von den Volksparteikräften bekommen. In Freiburg hätten erhalten: die Nationalliberalen 1 (1), die Sozialdemokratie 1 (0), das Zentrum 1 (statt 2). Im ganzen hätten die 3 Städte entsandt: Nationalliberale 3 (3), die Volkspartei 1 (1), die Sozialdemokraten 7 (6), das Zentrum 1 (2). Die Nationalliberalen sind bei der Wendeung 3. H. materiell nicht interessiert, die Volkspartei ist es auch nicht, die Sozialdemokraten könnten in den Städten 1 Mandat gewinnen, das dem Zentrum (in Freiburg) abgenommen wird.

Es fällt immer eine erste Schneeflocke, was für ein Gewitter nachher kommen mag.

Heute nach 60 Jahren gibt es eine x Literatur. Dann wird man herumgeschauelt haben und herumgeschauelt, und — ein Bistat all denen, die mit heute Gutes tun und getan haben!

Ein echter Schmerz, wie ein echtes Gefühl, setzt sich am leichtesten über alle äußeren Zeichen weg; dann spricht im ersten Falle die Gewöhnlichkeit von Gefühllosigkeit, im anderen meint der Philister: Er meint es nicht ernst, man weiß nie, wie man mit ihm davon ist.

Wenn längere Zeit nach dem Tode eines geliebten Menschen einen der alle scharfe Schmerz überkommt, so überlege man, was der Tote verkannt hat, während man selbst und die Anderen weiter leben.

Verzweigen, verückt, ja langweilig — thut alles nichts! nur nicht Herzensschmerz: das tötet die Gesellschaft.

Je freier man wird, desto mehr fügt man sich der Stille.

bat gewinnen, das dem Zentrum (in Freiburg) abgenommen wird.

(Tauberbischofsheim, 23. Juni.) Sonntag nachmittag fand im „Badischen Hof“ eine Besprechung der Nationalliberalen Vertrauensmänner aus den Bezirken Lauda-Tauberbischofsheim-Wehrheim statt. Die Besprechung hatte den Zweck, über agitatorische und organisatorische Pflege in den gesamten Bezirken neue Grundlagen zu schaffen. Die Verhandlungen, denen auch Generalsekretär Schwaier von Karlsruhe anwohnte, zeigten das erfreuliche Ergebnis, daß in den Gemeinden der Bezirke die politische Arbeit für die liberale Sache neu aufgenommen werden soll. Ueber die Art und Weise, wie diese Arbeit vor sich gehen wird, wurden auf Grund der gemachten Erfahrungen sehr brauchbare Vorschläge gemacht.

(Karlsruhe, 23. Juni.) Des Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden enthält folgende Gesetze: Die Aufhebung gering beförderter Pfrarrer aus Staatsmitteln und die Vereinigung der Gemeinde Allmannsdorf mit der Stadtgemeinde Konstanz betreffend.

(Singen a. S., 23. Juni.) Redakteur Konrad, bisher an der „Singer Nachrichten“ tätig, übernimmt am 1. Juli die redaktionelle Leitung des „Karlsruher Tageblattes“ in Schopfheim.

Bayerische und pfälzische Politik.

Die nationalliberalen Vereine Mittelfrankens.

Die nationalliberalen Vereine Mittelfrankens veranstalteten am Sonntag, den 21. Juni, in Schwabach ihr diesjähriges Sommerfest. Nach dem Anfang des Festes um 10 Uhr etwas drohend, so hellte er sich doch wieder auf und strahlte in prächtigem Blau über den dicht besetzten Garten. Direktor Braunger-Münchberg begrüßte die Gäste und wies in markigen Worten auf die Ziele der nationalliberalen Partei hin. Betriebsleiter Riedel-Münchberg überbrachte die Grüße des Münchberger Arbeiter- und Angestelltenvereins, der Vorsitzende der nationalliberalen Landespartei, Rgl. Führer Haas-Kunth, die der nationalliberalen bayerischen Gesamtpartei. In einer großzügig angelegten, gedankreichen Festrede schilderte Schlichtendirektor Dr. Dimpfl-Münchberg das nationalliberale Wirken und die hohen Ziele der nationalliberalen Partei. In einem Trinkpruch feierte Generalsekretär Schreiber die Damen.

Reichsländische Politik.

Elisabeth-Lothringische Mittelpartei. Wie der „Täglichen Rundschau“ aus Straßburg gemeldet wird, fand dort dieser Tage der zweite Vertretertag der Elisabeth-Lothringischen Mittelpartei, in der bekanntlich auch ein Teil der Nationalliberalen organisiert ist, statt. Aus dem Geschäftsbericht ergab sich, daß diese auf nationalem und monarchischem Boden stehende Partei im Reichslande nicht nur festen Fuß gefaßt hat, sondern auch enge Fortschritte macht. Bei den Gemeinderatswahlen konnte sie größere Erfolge in Stadt und Land erringen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und der Parteitag mit einem begeisterten Ausnahmestimmungs auf den Kaiser geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, den 24. Juni 1914. Schützenfest in Mannheim.

Die Schießordnung wurde uns heute mit der geschmackvoll ausgeführten Festschrift überreicht. Das handliche Büchlein enthält alle Einleitung einen an die Freunde der Schützen gerichteten Festgruß des geschäftsführenden Hauptauschusses, dann werden

Frankfurter Theaterbrief.

Von unserem ständigen Mitarbeiter. Die vier glänzenden gelungenen Sonder-Aufführungen im Opernhaus (auch die Wiederholung des „Barbier“ war vollständig ausverkauft, die Humpel, Jorrell, Jachowier gaben aus dem Hühner ihr Kunst unschätzbare Eindrücke), diese Feste haben dem weiteren Spielplan, wiewohl er mit Riesenschritten zum Saisonabschluss eilt, nicht geschadet. Beweis: die beiden Glanz-Aufführungen mit „Orpheus“, in der ganz wundervollen Inszenierung Karlheinz Martins, von Kottberg in all seiner unverblühten grandiosen Schönheit gedeutet, sowie eine „Iphigene in Aulis“. Sie bilden eine unpräzise, aber in der Stille und Geborgenheit der Wiederholung, auch aller Solopartien, würdige Vorfeier von des Meisters 70. Geburtstag. Als Orpheus, den neuerdings bei den Landstheater Festspielen Professor Albert einem Bariton und zwar, wie man hört, mit sinnvoller Wirkung zuteilte, erwies sich. Hoff-Berlin ausnehmend schöne und umfangreiche Mittel, edle Gesangsweise, maßvoll künstlerisches Spiel. Trotzdem wäre doch noch weitere Aufschau unter den bedeutendsten Altisinnen zu halten, die doch einzig für eine Bühne vom Range der Frankfurter Oper in Betracht kämen. Von einer indirekten Leistung des Opernhauses wäre insofern zu melden, als ihr Kapellmeister Pollak kürzlich in London einige Aufführungen des „Barbier“, in Paris das gleiche Werk in deutscher Sprache und auch den Tristan dirigierte. Publikum und Presse zeichneten ihn in gleich schmeichelhafter Weise aus.

die verschiedenen Ausschüsse mit dem Ehrenauschuss an der Spitze veröffentlicht, dem das Festprogramm und weitere orientierende Mitteilungen folgen. Den Beschluß macht die Schießordnung. Das Büchlein ist mit dem Porträt des Protektors des Festes, des Großherzogs Friedrich II. von Baden, geschmückt.

Militärdienstnachrichten. Zum Oberleutnant befördert: Leutnant Bernhard d. Ref. d. Anhalt. Inf.-Regts. Nr. 93 (Mannheim). Zum Leutnant der Reserve befördert: Vizeleutnant Vey (Heidelberg), d. 4. Bad. Feldart.-Regts. Nr. 66. Der Abschied bewilligt: Hauptmann Becker d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb. (Heidelberg), mit der Erlaubnis z. Tr. d. Landw.-A.-Anst. Jährenhorst (Mannheim) der Landw.-Inf. 2. Aufgeb. Der Abschied bewilligt: den Stabsärzten: Prof. Dr. Dirschel (Heidelberg) der Landw. 1. Aufgeb., Dr. Brenner (Heidelberg), der Landw. 2. Aufgeb.

Heimatscheine für bestrafte Personen. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern an die Bezirksämter ist die Erteilung von Heimatscheinen und Staatsangehörigkeitsausweisen unter anderen solchen Personen zu versagen, die in Deutschland bestraft sind, sofern sie sich der Strafvollstreckung entziehen und die Strafe noch nicht verbüßt ist, sowie Personen, die strafrechtlich verfolgt sind. Solchen Personen können jedoch Heimatscheine und Staatsangehörigkeitsausweise erteilt werden, wenn die Anklage- oder Strafvollstreckungsbehörde sich damit einverstanden erklärt hat. In den Grenzbezirken kommen hierzu insbesondere Strafen auf Grund des § 31 Riff. 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Betracht. Um nun der bestimmungswidrigen Ausstellung von Heimatscheinen u. Staatsangehörigkeitsausweisen vorzubeugen, hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß von dem zur Erteilung zuständigen Bezirksamt in allen nicht etwa schon durch die Einschuldung in das Deutsche Reichsblatt oder sonstige zur Verfügung stehende Nachrichtenblätter gestrichen Fällen die zuständige Strafverfolgungsbehörde um eine Mitteilung darüber zu ersuchen ist, ob der Antragsteller sich der Vollstreckung einer in Deutschland gegen ihn erkannten, noch nicht verbüßten Strafe entzieht, und ob er — sei es beabsichtigt Strafvollstreckung, sei es beabsichtigt Strafvollstreckung — strafrechtlich verfolgt wird.

Alkohol und Militär. Der kommandierende General des 15. Armeekorps, v. Deimling, hat folgende Verfügung über die Einschränkung des Alkoholverbrauchs erlassen: „Es ist vielfach üblich, nach gelungener Befestigung oder bei ähnlichen Anlässen den Mannschaften als Belohnung ein Bierfest aus Kantinen- oder sonstigen Mitteln zu veranstalten. Ich bin der Ansicht, daß man den Mannschaften eine größere und schönere Freude bereiten kann, wenn man die verfügbaren Mittel nicht in Bier anlegt, sondern zu einem gemeinsamen Ausflug, z. B. nach der Hohenloheburg oder dem Schloßsee von Würzburg verwendet. Dort halten die Offiziere einen gemeinverständlichen Vortrag; für das leibliche Wohl wird durch Verabreichung von Kaffee, Milch oder sonstigen alkoholfreien Getränken gesorgt. Wer glaubt, daß er ohne Alkohol nicht existieren kann, mag sich aus eigener Tasche weise kaufen. Für solche Feiern werden die Soldaten den Vorzügen dankbarer sein, als für die Bierfeiern. Die Erinnerung an sie wird bleiben, während die Erinnerung an die Bierfeiern mit dem Nahrungsmittel verblasst, den sie erzeugt. Es wird mir dieser Anregung bedürfen, um einen Mißbrauch zu vermeiden, der in dem ebenso veralteten, als falschen Glauben wurzelt, daß der Mensch nur glücklich sein kann, wenn er Bier oder Wein zu trinken bekommt.“

Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden am 21. Mai im Zug 151 ein Geldbeutel mit 3.35 M. und 20 Pf. in Reichsmark, abgeliefert in Singen (Hohentwiel); am 30. Mai auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 4.15 M.; am 31. Mai im Zug 10 (Regalbahnhof) ein Damenhandtäschchen mit Geldbeutel und 5.52 M., abgeliefert in Donaueschingen; am 4. Juni im Zug 51 ein Geldbeutel mit 57.30 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 7. Juni auf dem Bahnhof in Kitzingen der Betrag von 30 M.; am 8. Juni auf dem Bahnhof Willingen der Betrag von 10.06 Mark; am 10. Juni auf dem Bahnhof in Hei-

delberg ein Geldbeutel mit 3.55 M.; am 12. Juni im Zug 979 eine Damenhandtasche mit 2 Geldbeuteln und 16.98 M., abgeliefert in Rastatt; am 16. Juni auf dem Bahnhof in Bergausen ein Geldbeutel mit 2.40 M.

Städtische Anlagen und Großherzoglicher Schloßgarten. Man schreibt uns: Wenn uns Altmanheimern heutzutage unsere Spaziergänge durch die Straßen und Anlagen unserer Vaterstadt führen, so müssen wir unsere volle Bewunderung und Befriedigung ausdrücken über die großen Fortschritte, welche in Bezug auf die Anlagen, ganz besonders aber in der Stefanienpromenade und im Redarauer Wald, jetzt unser Waldpark, in den letzten Jahren gemacht worden sind. Alle Anerkennung unserer Stadtverwaltung und deren zuständigen Beamten. Nicht minder aber drängt es mich, bei dieser Gelegenheit auch unser Großherzoglicher Schloßgarten zu gedenken, der für die Bewohner Mannheims vermöge seiner unmittelbaren Nähe zur Stadt ein wahrer Segen ist. Der Schloßgarten ist schon seit undenklichen Zeiten den Bewohnern der Stadt zum Spaziergang geöffnet. In den 60er Jahren wurde auch das Reimeffingengärtchen, das bis zu dieser Zeit stets eingeebnet war, vom Großherzog in bekannter hochherziger Weise zum gleichen Zweck dem Publikum überlassen. Vom Großherzoglichen Hofgärtner, Herrn Sommer in vorzüglicher Weise mit einfachen Mitteln bräutig angelegt und sorgfältig gepflegt, ist es eine Freude, in den so musterhaft herangezogenen englischen Anlagen seine Spaziergänge machen zu können. Gerne wollen wir offen aussprechen und bekennen, daß hier in Bezug auf die Anlagen und Unterhaltung der Spazierwege ebenfalls merkwürdige Verbesserungen und Fortschritte gemacht worden sind. Werken wir nun einen Blick in den Schloßhof. Wir wollen Herrn Hofgärtner Sommer nicht schmeicheln, aber das muß ausgesprochen werden: Eine größere und schönere Hofkapelle, wie sie uns in den letzten Jahren, so auch wieder in diesem Jahre im Schloßhof geboten wird, dürfte wohl selten anderswo in ähnlichen Anlagen anzutreffen sein. Die vielen schönen Rosenstöcke, die sich durch die aufmerksame Behandlung von Jahr zu Jahr immer mehr entwickeln, bringen derart viele Blüten, daß sich Gelegenheit gebietet, sich wochenlang an dem herrlichen Anblick und ihrem Wohlgeruch von tausenden, in allen möglichen Farben strahlenden Rosen zu ergötzen. Auch hier wollen wir nicht verheimlichen, in dankenswerter Weise Herrn Hofgärtner Sommer und seinen Beamten unsere volle Anerkennung auszusprechen. Was ein Teil des Großherzoglichen Schloßgartens, der jetzige Friedrichspark, die Werke der Mannheimer Spaziergänge, für die Parteilichkeit bedeutet, dürfte hier zu erwähnen überflüssig sein.

Kommunale Stellennachweise für Konstante. Man schreibt uns: Die neueste Aufschrift vom 20. Juni des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in dieser Frage verweist auf den Ausgangspunkt. Wir stellen daher fest, daß der Deutschnationale Verband in seiner Veranlassung durch den Leipziger Verband hat er den Leipziger Verband zur Abwehr herausgefordert, die auf den Südwestdeutschen Verbandstag in durchaus sachlicher Weise erfolgte. Ueber den Mut in einer gemeinsamen Veranlassung unsere Ansichtung zu vertreten, wollen wir mit dem D. N. V. nicht streiten. Wir wollen nur auf die Tatsache hinweisen, daß der Verein Hamburg bereits vor Monaten den Deutschnationalen Verband zu einer Versammlung eingeladen hat. Der Leipziger Verband hat seine Beteiligung sofort zugesagt, der Deutschnationale ist bis heute der Aufforderung ausgewichen. Solange es der Deutschnationale Verband ablehnt, dort zu erscheinen, wo geistige Gründe entscheiden, hat er wohl kein Recht, anderen Mangel an Mut vorzuwerfen. Seine Verhältnisse beweisen jedenfalls, daß ihn nicht sachliche Gründe leiten, denn sonst müßte er doch mit beiden Händen zugreifen, wenn ihm vor einem Forum von Sachverständigen Gelegenheit geboten wird, seine Anschauungen zu vertreten. Dazu ist der Leipziger Verband schon vor Monaten bereit gewesen und ist es heute noch. Wir können deshalb die Beurteilung der Angelegenheit allen verständigen Handlungsgehilfen überlassen.

Uler-Tag. Für den vom 11. bis 13. Juni in Singen stattfindenden 114er-Tag, dem sehr wahrscheinlich auch der Groß-

und in dem hier Herr Lengbach eine jedenfalls gymnasiale Virtuosität in den sieben Rollen entfallen konnte.

Im Hebrigen brachte der veranlassende Spielplan zwei Moissi-Bastspiele, u. zwar den noch recht unfertigen Samlet, wie den schlichten „Jedermann“ dieses glänzenden Herrschers der deutschen Sprache, der ein Italiener ist. Die Samlet-Aufführung zeigte, bei Vertreibung der dreizehnten Schafstapellöhne ein hochachtbares Niveau, an dem auch einzelne fast biletantische Leistungen und das schwahe Schema einer Ophelia nicht wesentlich rütteln konnten.

Das Neue Theater hat sich nach einem Ausflug mit dem lustigen Schwanen der Brüder Franz und Viktor Arnold „Mein alter Herr“ in dem ausnahmsweise der Herr Rava tolle Streiche vollführt; und der Filis die Morlaupste schlägt (Herr Schwarze spielte den Alten ganz ergötzt), der alleinig u. kassamachenden Hoffe und Operette ergeben. Dem „ladenden Chemann“ in eine „ledige Ehefrau“ gefolgt, in welchem Stück der bekannte Librettist Leo Blech, Bordes-Milo und ein Amerikaner Dalton eine kurzweilige Handlung mit Temperament und nicht ohne Geist abwandeln, während Josef Snaga mehrere flotte Arien dazu geschrieben. Es ward sehr gut gemitt, getanzt, gesungen — strebt durchaus eine feinere Art des Operetten-Ails an. Vielleicht bringt gar der sommerliche Spielplan der Westendbühne auch einige wertvolle Operetten zu diesem Stil?

R. K.

Badischer Landtag.

Erste Kammer. — 17. Sitzung.

□ Karlsruhe, 24. Juni.

Präsident Prinz Max von Baden eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt und Regierungskommissäre. Tagesordnung:

Kommunikationsberichte.

Geh. Hofrat v. Dechelhauser berichtet namens der Budgetkommission:

1. über die summarische Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues 1912/13.
2. über den Voranschlag des Eisenbahnbaues für 1914/15 und die Petition betr. Bau der Bahn Stodach — Dwingen.
3. über den Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen über den Bau der Bahn von Redarsteinach nach Schönan und die damit zusammenhängende Position § 2 des Voranschlags des Eisenbahnbaues.
4. über den 4. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1914/15.
5. über den Gesetzentwurf betr. Vervollständigung des Staatsbahnnetzes.

Die Kommission beantragt Genehmigung sämtlicher Positionen sowie Ueberweisung der Stodacher Petition zur Kenntnisnahme.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Meißner's Geldreich-Oberbach über die Fortsetzung der Rensselaerbahn, des Oberbürgermeisters Hermann-Offenbach über die Offenbacher Bahnhofverhältnisse, des Geh. Kommerzienrats Strohmeier über die Verlegung des Güterbahnhofs in Konstanz nach Petershausen, des Freiherrn v. Stöckingen über die Hohenbühlbahn, des Bürgermeisters Bienenfeld-Laubach über die dortigen Bahnhofverhältnisse und Waldbrunn-Bahnhofverhältnisse, des Oberbürgermeisters Gahrnertel-Pforzheim über die dortigen Bahnhofverhältnisse beendet.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung sei zwar etwas zurückgegangen, doch haben sie noch die großen Bahnhofbauten in Stingen, Triberg und Konstanz vor sich. Baden habe in den letzten Jahren für Bahnhöfe 195 Millionen Mark ausgegeben. In den nächsten 4 Jahren wird die Eisenbahnbaukosten 712 Millionen Mark betragen, wovon pro Jahr 10 Millionen Mark getilgt werden können, bleiben also 672 Mill. Mark. Ueber diese Grenze hinaus würden die Eisenbahnen die Schulden nicht mehr vergütet können. Ein Maß halten sei also geboten. Zum Schluss äußerte sich der Minister zu den laut gewordenen Eisenbahnwünschen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Geh. Hofrat Dr. v. Dechelhauser ber. auf die Verdienste der Technischen Hochschule um die Verbesserung des Bauwesens hinweist und nachdrücklich für ein Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung gegenüber den Wünschen der Stadt Offenburg hinsichtlich der Bahnhofsverhältnisse eintritt, werden die Kommissionsanträge einstimmig angenommen.

Freiherr v. Böcklin berichtet über den Nachtragsetat III und die Petitionen betr. Bahnverbindung Mannheim — Heidelberg. Die Annahme erfolgte ohne Debatte, die Petition wird zur Kenntnisnahme überwiesen.

Geh. Kommerzienrat Kille berichtet über das Umzugskosten-gesetz. Die Annahme erfolgte in der Fassung der zweiten Kammer. Es folgt die Beratung von sieben Petitionen, darunter sechs Eisenbahnpetitionen und eine Petition des Verbandes badischer Gewerbeschullehrer betr. Vor- und Ausbildung, sowie Einreihung in den Gehaltsstuf. Die Petitionen finden ihre Erledigung nach den Kommissionsanträgen. Die Petition der Gewerbeschullehrer wird, was die Einreihung in den Gehaltsstuf, welche gemaltigen Fortschritte die moderne Welt in der Kinderheilkunde und in der Behandlung der Kinderkrankheiten gemacht hat. Bei Diphtherie, Tuberkulose, Durchfall usw. ist es gelungen, die Kindersterblichkeit sehr wesentlich zu verringern. Die Zahl der Erkrankungen geht zurück. Nur auf dem Gebiete der Kinder angeborenen Körperkrankheiten, die in den meisten Fällen auf den Alkoholismus der Eltern zurückgeht, sind die Bemühungen der Kinderheilkunde bisher so gut wie fruchtlos geblieben. Die Statistik vermag keine wesentliche Besserung dieser traurigen Verhältnisse zu verzeichnen.

Ein Hund, der für die norwegische Gelsekten-geschichte wichtig ist, wurde in Jena gemacht. Dort hat im Universitätslabor der norwegische Professor Thorundt eine ganze Reihe wohl-bewahrter Alken, lateinische und deutsche, gefunden, die die Magisterpromotion des berühmten Norweger Gummerus (später Bischof und Begründer der Wissenschaftsgesellschaft zu Tromsø) im Jahre 1745 betreffen. Die Alken werden bald abschließend der norwegischen Quellenforschungskommission zum Druck vorgelegt werden.

Der gleiche norwegische Forscher hat auch eine in Norwegen bisher unbekannte Dissertation von Gummerus und zahlreiche Namen norwegischer Studenten aus den älteren Zeiten der Universität Jena gefunden.

Der Kaiser und die Frankfurter Universität. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters a. D. Widess teilen die „Frankf. Nachr.“ folgenden freudigen Erfolg mit:

„Aus Ihrem Bericht vom 4. Juni d. J. habe ich erfahren, daß die Universitäten zugunsten einer Universität in Frankfurt a. M. die Mög-

lichkeit betrifft, der Regierung empfehlend überweisen, im Uebrigen durch den Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Geheimer Hofrat v. Dechelhauser betonte zu letzter Petition, daß es ein bedauerlicher Zug der Zeit sei, der in dem Drange nach akademischer Bildung zum Ausdruck gelangt, da man vielfach über die natürliche Grenze und Bedingungen der Penne hinausgehen wolle.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahntilgungskasse, Finanzgesetz, Petitionen u. a. Schluß 2 Uhr.

Zweite Kammer. — 97. Sitzung.

□ Karlsruhe, 24. Juni.

Präsident Hohenzollern eröffnet 9 Uhr 30 Minuten die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Dr. Freiherr von Bodman und Regierungskommissäre.

Nach Anzeige der neuen Eingänge wird in die Tagesordnung eingetreten.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung. Namens der Budgetkommission berichtet Abg. Böttger (Soz.) über den Antrag der Abg. Bechtold (Soz.) und Genossen betreffend die Arbeitslosigkeit und über die Petition der interessierten Verbände der christlichen und nationalen Arbeitervereine um Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Der sozialdemokratische Antrag lautet:

„Sohe Zweite Kammer wolle beschließen: Die Grob. Regierung zu ersuchen, 1. in den Etat den Betrag von 100 000 Mk. einzustellen, woraus denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, Zuschüsse in Höhe der Hälfte der von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Summen überwiesen werden; 2. zur Milderung der bestehenden und weiter drohenden Arbeitslosigkeit die noch unerledigten Staatsarbeiten sofort zur Ausführung zu bringen; 3. im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald eine reichsrechtliche Arbeitslosenversicherung geschaffen wird.“

Der Berichterstatter stellte namens der Budgetkommission den Antrag:

„Die Zweite Kammer wolle beschließen: 1. Die Grob. Regierung zu ersuchen, a) in einem Nachtragsetat den Betrag von 25 000 Mark anzufordern, woraus denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, auf Ansuchen Zuschüsse in Höhe der Hälfte der von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Summen überwiesen werden, sofern die Statuten der Arbeitslosenversicherung im wesentlichen mit den von der Stadtgemeinde Freiburg i. B. eingeführten Bestimmungen übereinstimmen, b) im Bundesrat dahin zu wirken, daß eine reichsrechtliche Arbeitslosenversicherung geschaffen wird; 2. die Petition der christlichen nationalen Arbeitervereine durch die Stellungnahme der Kommission für erledigt zu erklären.“

Abg. Belzer (Ztr.): Bei der Arbeitslosenversicherung darf die Selbsthilfe nicht ausgeschlossen werden. Man darf die ganze Sache nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachten. Wir sind der Meinung, daß etwas geschehen muß, da der gegebene Zeitpunkt gekommen ist. Auf eine reichsrechtliche Regelung, die wir auch wünschen, solle man nicht warten. Daben die Bundesstaaten erst einmal den Anstoß gegeben, dann muß das Reich sich der Arbeitslosigkeit zuwenden.

Abg. Böttger (Soz.) begründet den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Der Tiefstand der wirtschaftlichen Depression ist erreicht; wir nähern uns langsam einer Aufwärtsbewegung. Aber trotzdem besteht eine umfangreiche Arbeitslosigkeit. Die Mittel werden von einer Instanz an die andere gewiesen. Wir verlangen von der Grob. Regierung, daß sie beim Bundesrat in dem Sinne vorstellig wird, daß man endlich die Arbeitslosenversicherung auf reichsrechtlichem Wege zum Ziele bringt.

Minister Dr. Freiherr von Bodman: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosigkeit ein großes Uebel ist. Ich stimme dem zu, was in dieser Beziehung von den Herren Vorrednern ausgeführt worden ist. Das

leicht geben, sie aus eigenen Mitteln zu errichten. Da auch im Ubrigen die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß im Winterhalbjahr 1914/15 mit dem Unterricht begonnen werden kann, will ich nunmehr die Universität zu Frankfurt a. M. hierdurch in Gnaden errichten und genehmigen, daß sie in den Genuß der ihr zu gewandten Rechte eintritt.

Neues Palais, den 10. Juni 1914.

Gez. Wilhelm R.

Schulnachrichten.

Der Privatdozent für Zoologie an der Bonner Universität, Professor Dr. Walter Voigt, Assist. am zoologischen und anatomischen Institut daselbst, ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Dr. Voigt (geb. 1865 zu Langensalza) gebürtig seit 1889 dem Lehrkörper der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität an. Als Nachfolger von Prof. W. J. Otto wurde der a. o. Professor Dr. Josef Kestl zum außerordentlichen Professor der klassischen Philologie an der Wiener Universität ernannt. — Dem o. Professor für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik an der Züricher Universität Dr. Joseph Schlenker wurde auf Beginn des Wintersemesters 1914/15 die nachgelassene Entlassung erteilt. Prof. Schlenker folgte einem Rufe an die Berliner Handelshochschule. — Dr. med. Ludwig Schumann erhielt in der Münchener medizinischen Fakultät die venia legendi für Otolaryngologie. Der neue Dozent ist seit 1908 Assistent an der Münchener Universitäts-Otoreinrichtung und -poliklinik bei Prof. Heine, nachdem er längere Zeit als Assistent und Sekundärarzt an der Abteilung für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten am Kaiserlichen-Hospital in Breslau unter Prof. Bräuer gewirkt hatte.

es sich hier um eine Frage von größter sozialpolitischer Bedeutung handelt, hat auch die Grob. Regierung anerkannt. So hat die Regierung die Frage seinerzeit in einer Denkschrift erörtert, die dann die Grundlage zu einer Diskussion gab, die jedoch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Die Gemeinden sind ja übrigens in dieser Frage schon anerkanntermaßen vorgegangen. Eine befriedigende Lösung der ganzen Angelegenheit kann nur durch das Reich erfolgen und dann auf Grund eines gesetzlichen Zwanges. Ein Einzelstaat kann das Gesetz nicht machen; wenn er die Arbeitslosenversicherung unternehmen würde, würde er damit ein Anreizungsgebiet werden für alle Arbeitslosen. Zu berücksichtigen ist aber ferner, daß die Arbeitgeber oft noch viel schlimmer daran sind. In den Zeiten der Arbeitslosigkeit hilft ihnen niemand, ihren Arbeitern aber müssen sie Lohn bezahlen. Die Frage der Arbeitslosenversicherung drängt nach einer gleichmäßigen Regelung; die Grob. Regierung wird dazu aber nicht den Bundesrat drängen können, sie wird aber dort ihren Standpunkt vertreten. Die Erfüllung ihres Antrages kann ich allerdings nicht in Aussicht stellen.

Abg. Rehmann (Natl.): Das Klein-gewerbe und Handwerk wird von der wirtschaftlichen Depression am härtesten betroffen. Dem Ringen der Arbeitervereine um bessere Lebenshaltung kann man eine Sympathie nicht versagen, die Waisen, mit denen gekämpft wird, kann man nicht immer blicken. Es gehört heute ein gewisser Mut dazu, sich für eine soziale Betätigung zu bekennen. Aber die Industrie ist heute nicht in der Lage weitere Kosten zu tragen. Wir bitten die Regierung, im Bundesrat die Wünsche, wie sie im Kommissionsantrag niedergelegt sind, zu vertreten.

Abg. Müller (N. V.): In der Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit spielt ein gut organisierter Arbeitsnachweis eine große Rolle. Aber daran fehlt es noch. Warum gibt es keine allgemeine Erwerbsversicherung. Der Reichstag, wie der geringste Mittel wäre verfehlt und würde zu dem Fond beitragen.

Abg. Hertle (N. V.): Den Antrag Bechtold lehnen wir ab.

Abg. Niederhöhl (Natl.): Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist noch heute nicht geklärt. Das Wort „arbeitslos“ ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Handwerker leiden noch viel mehr unter der Arbeitslosigkeit. Von einer staatlich-kommunalen Arbeitslosenversicherung muß man absehen; die Arbeitslosenversicherung kann und muß auf einem anderen Wege kommen.

Abg. Maft (Ztr.): Die Arbeitslosen haben ein Anrecht auf die Hilfe durch Staat und Gemeinde. Den Standpunkt der Kommission begrüße ich.

Abg. Müller (N. V.): Erwigen Sie auf dem Standpunkt des Abg. Niederhöhl. Sodann wird um 1 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Aus den Kommissionen.

□ Karlsruhe, 23. Juni. Der Zweite Kammer sind zugegangen eine Petition des Bezirksbaukontrollors Heinrich Hub von Schweigen um Befassung in seinem Dienste, desgleichen des Bürgervereins Altstadt Karlsruhe, die Entfernung der öffentlichen Dienst-häuser aus der kleinen Spitalstraße in der Altstadt Karlsruhe betr. Uebergeben von dem Abg. Dr. Günner. Ferner liegt vor ein Schreiben des Grob. Ministeriums der Finanzen mit der Nachricht über den Stand der Erhebungen in Betreff der Interpellation der Abg. Morgen-haler und Genossen wegen Bekämpfung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in der Nähe der größeren Städte und mit dem Bemerken, daß das Ergebnis in der Karlsruhe' Zeitung werde veröffentlicht werden, falls die Interpellation auf dem Landtag nicht mehr sollte zur Beantwortung kommen können.

□ Karlsruhe, 23. Juni. Der Zweite Kammer ist zugegangen der Bericht der Kommission der Zweiten Kammer für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, die Hundesteuer betreffend, erstattet vom Abg. Ged. Ueber die Kommissionsverhandlungen haben wir schon berichtet.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Kaiser in Kiel.

Die Abreise des Kaisers.

* Brunsbüttelkoog, 24. Juni. Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord ist heute morgen 6 Uhr nach Kiel weitergegangen.

* Kiel, 24. Juni. Heute nachmittags 1½ Uhr ließ die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord, von Brunsbüttel kommend, in die neue Holtentauer Schleuse ein, um diese und damit zugleich den im wesentlichen Teil bereits fertiggestellten Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelms-Kanals dem Betriebe zu übergeben. Auf der Mittelmauer der Schleuse-Anlage hatten Staatssekretär Dr. Delbrück, die Ewig der Kaiserlichen Marine und der Stadtbehörden, sowie die bei der Ausführung des Erweiterungsbaues beteiligten und aus diesem Anlaß mit allerhöchsten Auszeichnungen belohnten Personen und eine größere Anzahl geladener Zuschauer aufstellung genommen. Auch die nördliche Mauer war mit geladenen Damen und Herren besetzt. Die Tochter des Präsidenten des Kanalrates, Fräulein Hildegard Raub, überreichte dem Kaiser einen Blumenkranz, den dieser dankvoll entgegennahm. Sodann richtete Staatssekretär von Delbrück an den Kaiser folgende Ansprache:

Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät melde ich auferuntertänigst, daß der Erweiterungsbaue des Kaiser-Wilhelm-Kanals soweit

fertig gestellt ist, daß die Großkampfschiffe Eurer Majestät den Kanal passieren können. Damit sind langwierige und schwierige Arbeiten zum Abschluß gekommen, die den Kanal den Anforderungen der heutigen Zeit und, wie wir hoffen, der weiteren Zukunft anpassen sollen.

Annähernd 30 Jahre sind vergangen, daß diese Schiffahrtstraße zwischen der Nord- und Ostsee von dem hochseligen Kaiser Wilhelm dem Großen begonnen wurde und vor 19 Jahren konnte sie dem Betriebe übergeben werden. Damals abate niemand, daß die Entwicklung unseres Schiffbaues in verhältnismäßig kurzer Zeit eine durchgreifende Erweiterung und Vervollkommen ihrer Betriebsrichtungen erfordern würde, die fast einem Neubau gleichkommen.

Das Profil des Kanals und die Abmessungen seiner Kurbauten sind erheblich vergrößert worden, die neuen Schleusen sind doppelt so groß, als die alten und die der Schiffahrt hinderlichen Eisenbahndrehbrücken sind durch eiserne Hochbrücken ersetzt worden. Die Hochbrücke bei Leversau, an deren Projektur Eure Majestät allerhöchst persönlich Anteil genommen hat, konnte wie diejenige bei Grünthal trotz der Erweiterung des Kanalprofils dank der Kunst unserer Tiefbauern erhalten bleiben. Durch die Einführung des elektrischen Betriebes und moderner Motoren ist nicht nur die Sicherheit und Schnelligkeit und des Kanalbetriebes erhöht, sondern auch die Verbesserung des Verkehrs über den Kanal von einem Ufer zum anderen und der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse in den angrenzenden Gemarkungen möglich gewesen. All das ist halt wie geplant in 8, in wesentlichen Punkten in 7 Jahren entworfen und fertiggestellt worden, ohne daß die Betriebsfähigkeit des Kanals auch nur für einen Tag in Frage gestellt gewesen ist.

Diese Arbeit, deren Fortschreiten Eure Majestät unablässig mit dem regsten Interesse verfolgt haben, verdankt ihr Gelingen der Kunst unserer Ingenieure, der Leistungsfähigkeit unserer Unternehmer, der Pflichtigkeit und dem Können einer Beamtenenschaft aus fast allen deutschen Bundesstaaten und dem Fleiß und Geschick einer zuverlässigen Arbeiterkraft, deren alle Vertreter Eure Majestät heute hier sehen.

So wird der Kanal den kommenden Geschlechtern ein Denkmal sein für das Können unserer Zeit. Vor allem aber wird er Zeugnis ablegen von Eurer Majestät nie rastender Fürsorge für die Wehrhaftigkeit des Reiches und von der Opferwilligkeit des deutschen Volkes, die noch nie versagt hat, wenn sie der Sicherheit und Größe des Vaterlandes galt. Eure Majestät bitte ich untertänigst, die vollendete Schleuse als erster zu durchfahren und damit den erweiterten Kanal dem Verkehr zu übergeben.

Der Kaiser kehrte sodann mit seinem Gefolge auf die „Hohenzollern“ zurück, die nunmehr über die neue Schleuse in den Kieler Hafen einfuhr und dabei ein quer über die Schleuse gespanntes Band durchschritt.

Als das Schiff mit dem Kaiser die Schleuse verließ, brachten die dort Versammelten ein dreifaches Hurra auf Se. Majestät aus.

Nach der Feier fand ein gemeinsames Frühstück der Beamten der Kanalverwaltung und der beteiligten Unternehmer statt, an dem auch Staatssekretär Dr. Delbrück teilnahm.

Die Antwort des Kaisers auf das Guldigungs-telegramm aus London.

* London, 24. Juni. Auf das Guldigungs-telegramm der Londoner Handelskammer und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller ist folgende Antwort Kaiser Wilhelm's eingetroffen: „Meinen besten Dank für die gemeinsamen Grüße der Londoner Handelskammer und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Ich hoffe, daß die persönlichen Beziehungen von Vertretern des Welt Handels zur Förderung des guten Einvernehmens und besserer Beziehungen zwischen den beiden Völkern beitragen.“ Auch von König Georg ist ein Telegramm eingegangen, mit dem Ausdruck des Dankes für die Versicherung lokaler Gefinnung und die Glückwünsche zu seinem Geburtstag.

Der englische Flottenbesuch.

Das Dinner beim Prinzen Heinrich.

* Kiel, 24. Juni. Die erste feierliche Veranstaltung zu Ehren der englischen Gäste ist schon verlaufen. Auf Einladung des Prinzenpaars Heinrich erschienen im Schloß der englische Oberbefehlshaber Vizeadmiral Warrander, Kommodore Goodenough, sämtliche englischen Kommandanten und die ortsanwesenden deutschen Flaggoffiziere mit ihren Damen.

* London, 24. Juni. „Daily Chronicle“ erblät in den Besuche englischer Schiffe in Kiel so englischen und willkommenen Beweis für die Beziehungen der Beziehungen zu Deutschland. Das Blatt schreibt: Wir, die wir konsequent für bessere Beziehungen zwischen England und Deutschland gekämpft haben, können die Ereignisse nur mit tiefer Befriedigung betrachten. Eine solche Mission ist eine vortreffliche Aufgabe unserer Flotte und wir können keine bessere denken. Wir hoffen, daß der persönliche Kontakt unserer Offiziere und Mannschaften mit der deutschen Flotte das Gefühl persönlicher Achtung zwischen den Persönlichkeiten fördern möge, das häufig so viel zu dem gegenseitigen guten Willen zwischen den Nationen beiträgt.

* Der Zweckverband für den Ankauf der Groß-berliner Wälder.

+ Berlin, 24. Juni. Die Vollversammlung des Zweckverbandes, welche heute im Berliner Rathaus unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Wermuth tagte, hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Ankauf der Großberliner Wälder angenommen und den Ausbau der Schönerberger und

Handels- und Industrie-Zeitung

Konjunkturbetrachtung.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

C.C. Berlin, 24. Juni. Als das Jahr 1913 auf einer Reihe von Gebieten Erscheinungen einer starken Abschwächung brachte, da waren Borsene und Unberufene schnell mit der Behauptung bei der Hand, daß die gewerbliche Konjunktur in eine rückläufige Bewegung eingetreten sei. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß auf dem Geldmarkt wie auf dem Arbeitsmarkt eine Verschlechterung Platz griff, die leicht zu der Meinung verleiten konnte, die Hochkonjunktur sei plötzlich zusammengebrochen. Wenn aus einer falschen Konjunkturdiagnose nur keine so nachteiligen Wirkungen entstehen würden! So aber disponiert die Geschäftswelt stets mit Rücksicht auf die allgemeine Konjunktur. Die Unternehmungslust steigt und fällt, je nachdem das wirtschaftliche Wetter als gut oder trübe angesehen wird. Schon in einer falschen Schätzung kann aber der Keim zu einer ungünstigen Beeinflussung der wirtschaftlichen Kräfte liegen, weswegen eine wissenschaftlich basierte Konjunkturbetrachtung ein dringendes Erfordernis ist. Gegen Ende des Jahres 1913 hatte sich fast allgemein die Meinung herausgebildet, daß ein gewerblicher Rückgang eingetreten sei. Man holte die Beweise für diese Behauptung von der Börse, die von Mißmut erfüllt nur noch ungünstige Nachrichten auf sich wirken ließ, alle günstigen Symptome aber ganz übernahm und überhaupt nicht hören wollte. Es gab aber damals ein ganz wichtiges Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung, auf dem man von einer Abschwächung überhaupt noch nichts merkte, und dieses Gebiet ist so wichtig, daß es ein Fehler war, bei der Bildung eines Urteils über den Stand der Konjunktur es unberücksichtigt zu lassen. Das war das große und wichtige Gebiet der Warenherstellung. Es zeigte sich nämlich an den Ziffern der gewerblich beschäftigten Arbeiter, daß die Arbeitsgelegenheit nicht nur nicht zurückgegangen war, sondern daß sie das ganze Jahr 1913 hindurch bis herein in das Jahr 1914 ständig und zum Teil noch kräftig zunahm. Wenn nun an der Börse und am Arbeitsmarkt Stagnation, ja sogar Rückgang herrscht, der gewerbliche Beschäftigungsgrad aber ansteigt, daß die Arbeitsgelegenheit und die Zahl der Beschäftigten steigt, daß immer noch mehr Ware als bisher hergestellt wird, darf man dann die Erscheinungen am Arbeitsmarkt und Geldmarkt verallgemeinern? Muß man nicht vielmehr anerkennen, daß für die Beurteilung des Konjunkturstandes die Bewegung des Beschäftigungsgrades einigermaßen ausschlaggebender ist als die Erscheinungen am Arbeits- und Geldmarkt? Demnach war es nur schwer möglich, der allgemein verbreiteten pessimistischen Stimmung entgegenzutreten, weil eine gegenteilige Auffassung in der Presse keine Resonanz und Gegenliebe fand. Nachdem einige Zeit vergangen ist und die Stimmung sich etwas beruhigt hat, ist es vielleicht eher möglich, Beachtung für eine wesentlich andere Kennzeichnung des Konjunkturverlaufs zu finden. Freilich davor muß auch gewarnt werden, daß nunmehr etwa angenommen wird, mit der Abschwächung des Jahres 1913 sei gewissermaßen das Schlimmste schon vorüber. Zu dieser optimistischen Auffassung liegt leider nicht der geringste Anlaß vor. Vielmehr verhalten sich die Dinge so, daß wir gerade das laufende Jahr als ein kritisches zu bezeichnen haben, daß namentlich durch Einwirkungen vom Auslande her eine Erschütterung erfolgen kann, die nicht nur Arbeitsmarkt und Geldmarkt, sondern auch das Gebiet der Warenherstellung in Mitleidenschaft zieht. Wenn diese Eventualität eintreten sollte, dann kann man erst vom Eintritt einer rückläufigen Konjunktur reden. Bis heute kann eine solche nicht behauptet werden. So wenig erfreulich auch die Verhältnisse am Arbeitsmarkt und am Geldmarkt gegen den Schluß des Jahres 1913 hin gelegen haben, die Warenverteilung zeigte in ihrer Totalität immer noch eine Steigerung und auch in der Warenverteilung wie auf dem Gebiete des Konsums ergab sich im Schlußeffekt keine Abschwächung der Umsätze und der Aufnahmefähigkeit, sondern eher noch eine weitere leichte Zunahme.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Rheinisch-westfälischer Kuxenmarkt.

(Bericht von Gebrüder Stern, Bankgeschäft.)

Dortmund, 23. Juni. (Vor der Börse.) Am Kohlenkuxenmarkt kam das Geschäft fast zum Stillstand; die Kurse sind infolge der Geschäftstillstände leicht abgeschwächt. Von schweren Werten wurden hauptsächlich Graf Schwerin bei etwa M. 12.000, König Ludwig bei etwa M. 30.000 und Lohringen bei etwa M. 29.000 niedriger zum Verkauf gestellt. Für Ewald und Constantia der Große wurden ungefähr die letzten Preise geboten. Einige Umsätze erfolgten in Mont Cenis bei etwa M. 18.000 und Unser Fritz bei etwa M. 16.000. Vollkommen vernachlässigt sind Brasser und Dorsfeld bei etwa M. 9.000. Die Notierungen der übrigen Werte blieben rein nominal. Von Mittelwerten kamen einige Abschlüsse in Trier I bis III und Hermann I-III zu rückgängigen Preisen zustande. Etwas besser wurden Adler bei

Kupferdreh bei etwa M. 4.300 bezahlt, dagegen sind die Notierungen von Carolus Magnus, Heinrich und Johann Deimelberger wenig verändert. Von leichteren Werten erhielt sich Nachfrage für Trappe bei etwa M. 1875, ebenso wurden Anneliese bei etwa M. 1325 mehrfach umgesetzt. Admiral sind auf den weiteren Geldbedarf bei etwa M. 1500 vergeblich angeboten. Für Gottesseggen, Moers und Schürbank u. Charlottenburg wurden letzte Preise genannt. Etwas billiger sind schließlich Blankenburg bei etwa M. 1500 angeboten.

Braunkohlenwerte wurden kaum genannt. Zu letzten Preisen liegen Gebote für Belcherhammer, Humboldt und Schallmayer im Marke.

Kaliwerte sind fast auf der ganzen Linie weiter abgeschwächt. Von schweren Werten sind Burbach und Wilhelmshall als schwach zu erwähnen. Erstere sind bei ca. M. 9200 vergeblich angeboten, während letztere erst bei M. 8200 Aufnahme fanden. Glückauf Sondershausen konnten ihre vorwöchentliche Notiz ungefähr aufrecht halten; ebenso weisen Alexandershall, Sachsen-Weimar und Neustadtur keine Veränderungen auf. Leicht abgeschwächt schließen Heiligenroda, die noch einem bezahlten Kurse von M. 11.300 schließlich bei M. 11.000 erhältlich sein dürfen. Von den übrigen Werten sind Kaiseroda und Hohenzollern stärker rückgängig, ohne daß jedoch größere Umsätze erfolgen. Für Siegfried I wurde ein Geldkurs von etwa M. 4900 genannt, dem bereits bei ca. M. 5100 Angebot gegenüber stand. Beienrode, Carlslund, Hansa Silberberg, Immenrode und Thüringen konnten sich ziemlich behaupten. Für Rothenberg trat auf ermäßigter Basis von ca. M. 3150 mehrfach Kaufinteresse hervor. Einige Umsätze erfolgten in Einigkeit bei ca. M. 4200, Günthershall bei ca. M. 4425, Hellingen I und II bei ca. M. 875 bzw. M. 1075, Heringen bei ca. M. 5700, Siegfried Giesen bei ca. M. 3600 und Salzünde bei ca. M. 5550. Jüngere Syndikatswerte sind auch leicht abgeschwächt. Dieses gilt vornehmlich von Felsenfest, die ihre letzte Steigerung fast ganz wieder hergeben mußten und bei M. 3350 im Verkehr sind. Leicht gebessert notieren Neustadt bei ca. M. 3400. Für Carlslund, Hedwig, Reichenhall, Herfa, Neuenrode, Melmershausen, Irmdorf und Walter besteht zu billigeren Preisen Abgabeneigung. Höher wurden auf die Erfüllung einer provisorischen Quote Carlshall bezahlt. Von schwachlaufenden Werten geben Heiligenroda weiter nach; auch konnten Alleenhall ihre letzte Steigerung nicht aufrecht erhalten und sind bei ca. M. 950 angeboten. Die Werte des Gumpel-Konzerns wurden auf letzter Basis verschiedentlich gehandelt. Billiger erhältlich sind wieder Elers bei ca. M. 900, Mariagluck bei ca. M. 1500 und Korvinus bei ca. M. 2800, etwas fester notieren allein Fallersleben bei ca. M. 1750. Von Kaliaktien waren Justus und Heldburg zu schwankenden Preisen im Verkehr. Letztere schließen jedoch bei ca. 35% Prozent abgeschwächt. Für Rothenberg zeigte sich einige Kaufinteresse bei ca. 85 Prozent, dagegen blieben Krügershall bei ca. 103 Prozent angeboten, ohne Aufnahme zu finden. In den übrigen Werten wie Adler, Bismarckshall, sowie Hanhof kamen Abschlüsse kaum zustande. Vereinzelt gefragt waren Salzduffort.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 24. Juni. Die Grundstimmung des Marktes war heute bei Beginn des Verkehrs schwächer. Die gestrige schwache Haltung der Newyorker Börse gab Anlaß zur Zurückhaltung. Die Entscheidung im Internountain-Raten-Falle veranlaßte die Kursabschwächung der amerikanischen Werte auch am hiesigen Platze. Trotz der günstigen Getreideaussichten in den Vereinigten Staaten sind Baltimore und Canada angeboten, da die Einnahme-Ausweise ungünstiger lauten. In politischer Beziehung drückten die wenig erfreulichen Nachrichten aus Albanien. Was die einzelnen Märkte betrifft, so lagen heimische Bankaktien still ohne wesentliche Veränderung. Diskonto-Kommandit und Deutsche Bank konnten sich behaupten. Kreditaktien schwächer. Oesterreichische Bahnen abgeschwächt, Schantungbahn, ebenso Schiffahrtsaktien, wiesen nur geringe Kursveränderungen auf. Elektrizitätsaktien bewegten sich auf dem gestrigen Niveau. Die Nachricht, daß die Röhrenwerke in Verhandlungen zur Bildung eines provisorischen Syndikats eintreten werden, hinterließ auf den Montanmarkt nur geringen Eindruck. Phönix-Bergbau fester. Die Umsätze der führenden Papiere, wie Deutsch-Luxemburger, Harpener und Gelsenkirchener sind ziemlich fest bei bescheidenen Umsätzen. Auf dem Fondsmarkt war der Geschäftsverkehr sehr eingeschränkt und die Tendenz gut behauptet. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Stimmung ruhig. Badische Anilin blühten 4 Prozent ein, etwas besser wurden Scheideanstalt bezahlt. Siemens-Elektrische Betriebe notierten 112 ex Bezugsrecht. Maschinenfabriken ruhig und behauptet. Wiener Stahlröhren 143.

Das Geschäft blieb auch im weiteren Verlauf ruhig. Montanwerte konnten sich müßig behaupten. Die Börse schloß ruhig bei behaupteter Tendenz. Es notierten: Kreditaktien 189%, Diskonto Kommandit 185, Staatsbahn 150%, Lombarden 17%, Baltimore 91%.

Privatdiskont: 2% Prozent.

Maschinenfabrik Moenau A.-G. Frankfurt. Vom 25. ds. Mts. an gelangen 60prozentige Vorragsaktien Nr. 1-1200 vom 1. Januar 1914 an dividendenberechtigt zur Notierung.

Vom 25. ds. Mts. an gelangen Umsätze in Bezug auf neue Aktien der Neuen Braunschweigischen Landeseisenbahngesellschaft zur Notierung.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 24. Juni. Wenn auch die hochgradige Geschäftstillstände an der Börse in unverändertem Maße anhält, so ist doch unverkennbar, daß gegenüber dem schwachen Verlust der Auslandsbörsen besonders in Paris und New York und der wenig befriedigenden Nachrichten aus Albanien eine gute Widerstandskraft vorhanden ist. Die Spekulation führt mit der Erledigung des Schließungsgeschäfts fort, wobei als Beweis für

noch immer vorhandenes Decouvert gelten mag, daß namentlich am Montanmarkt Stücke in Schließung gesucht sind. Überhaupt zeigte sich für Montanwerte und hier speziell für die führenden Werte und außerdem noch für Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Aktien regeres Interesse, das in Zusammenhang stand mit dem Zustandekommen eines provisorischen Röhrensyndikats-Vertrages, wobei natürlich die Phantasie der Spekulation in Sachen der schwebenden Syndizierungsverhandlungen der gesamten B-Produkte eine neue Anregung erhielt. Sonst zeigte sich noch Interesse zu anziehenden Kursen für Hansa auf die angelegte Besserung an dem englischen Frachtenmarkt.

Für russische Werte dagegen trat die Realisationslust stärker hervor im Einklang mit der Abschwächung in New York im Zusammenhang mit der Entscheidung in der Frachtratefrage. Zur guten Haltung, die die Börse im allgemeinen beibehielt, trug wesentlich auch die starke Hervorhebung des Friedenswillens in der gestrigen Kaiserrede bei, wenngleich andererseits darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die starke Betonung der Bereitschaft Deutschlands eine Art Warnung für Rußland bedeute. Tägliches Geld 2% und darunter, Ultimogeld bleibt zu 4% und von der Seehandlung wie gestern angeboten.

Ausgehend von der weiteren Befestigung des Montan- und Schiffahrtsmarktes mit Hansa als führendem Papier trat in der zweiten Stunde eine bessere Veranlagung der Börse zutage, womit gleichzeitig eine leichte Hebung der Geschäftstätigkeit verbunden war.

Privatdiskont 2 1/2 - 3%.

Der Kassamarkt für Industriewerte blieb bei geringen Veränderungen still.

An der Nachbörse waren bei wiederum stillem Geschäft die Schwankungen nur unbedeutend.

Handel und Industrie.

Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke A.-G., Köln.

Die genannte Gesellschaft, der die bedeutendsten Gaswerke Deutschlands und u. a. auch unser städtisches Gaswerk angehört, befaßt sich bekanntlich mit dem Vertrieb von Gaskoks und anderen Nebenerzeugnissen der beteiligten Gaswerke. Das am 31. März d. J. abgelaufene 10. Geschäftsjahr 1913-14 setzte laut Bericht mit einer großen Festigkeit des Marktes und einer für die Gesellschaft sehr fühlbaren Kokanot ein. Von den Gesellschaftswerken wurden rund 230.000 t Koks zum Fernabsatz weniger abgemeldet, als die Verkäufe im Geschäftsjahr 1912-13 betrugen. Dieser Anstieg, der auf die Steigerung des Ortsabsatzes der Werke zurückzuführen ist, zwang die Gesellschaft, eine ganze Reihe von Abnehmern aufzugeben.

Infolge der politischen Verhältnisse, der außergewöhnlich langen und starken Geldklemme und des durch die milde Witterung beeinträchtigten Herbst- und Wintergeschäftes verschlechterte sich die Marktlage derart, daß das 11. Geschäftsjahr mit ebenso unerfreulichen Erwartungen angeht, wie sie zu Anfang des Berichtsjahres günstig genannt werden konnten.

Statt der für 1913-14 angemeldeten 375.027 t Koks betrug der Umsatz 485.755 t (609.712), d. h. 110.128 t mehr, die der Gesellschaft vorwiegend durch Nachanmeldungen zur Verfügung gestellt wurden. Infolge des Konjunkturumschwungs und der Nachanmeldungen konnten die zur Verfügung gestellten Mengen nicht ganz abgerufen werden. Eine Erzeugungseinschränkung kann für Gaswerke nicht verfügt werden, wie das bei Kokereien möglich ist und z. Zt. beim Kohlen-syndikat durch die Vorschrift einer 55prozentigen Produktions-einschränkung geschieht.

In den Küstengebieten und den für die Einfuhr von Gaskoks in Betracht kommenden Ländern an der Ostsee machte sich der Wettbewerb in englischem Gaskoks besonders stark fühlbar. Die englischen Preise sind teilweise bis unter 9 sh die Tonne hinuntergegangen.

Eine besondere Gefahr liegt in der weiteren Steigerung der heute schon vorhandenen Uebererzeugung an Koks, und zwar darin, daß einzelne Gasanstalten durch die Errichtung von reinen Koksofenanlagen Koks nicht mehr als Nebenerzeugnis, sondern als Haupterzeugnis herstellen.

Die von der Gesellschaft gegründeten Gaskoks-Vertriebsgesellschaften in Berlin, Erfurt, Mannheim und München hatten unter der oben geschilderten ungünstigen Gestaltung der Absatzverhältnisse gleichfalls zu leiden. Sie sind im großen und ganzen ihrer Aufgaben gerecht geworden, haben aber den an ihnen beteiligten Kohlenhändler nur mäßige Ueber-schüsse gebracht, welche zwischen M. 3.- und M. 5/10 für je 10 t schwankten. Der Ausbau dieser Handelsorganisationen machte durch die Aufnahme bisher fernstehender Kohlenhändler Fortschritte. Der Absatz an Gaskoks betrug, wie schon gemeldet, 485.755 t, d. h. 123.957 Tonnen weniger, als im Vorjahr, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß dieses um 208.430 t den Absatz des Jahres 1911-12 übertraf. Der Wert des diesjährigen Umsatzes an Gaskoks stellte sich auf M. 3.827.933, der Gesamtumsatz einschließlich der anderen Gaswerknebenprodukte steigerte sich von M. 15.560.769 auf Mark 16.160.611.

Eine Dividende wird bekanntlich bei diesem Unternehmen nicht gezahlt. Es besteht vielmehr, laut Gewinn- und Verlustrechnung eine Forderung an die Gesellschaft in Höhe von M. 226.372, der im Vorjahr eine Umlage von M. 159.871 und eine Abgabe von M. 128.806 gegenübersteht. Der Vortrag betrug M. 2.068.- (7.026). An Ausgaben hatte die Gesellschaft für allgemeine Handlungskosten Mark 180.163.- (229.272), für Propagandazwecke Mark 18.356 (18.955), für Solzzinsen M. 20.721 (27.287), für Umlage M. 4.800.- (l. V. Entschädigung Mark 15.388) zu zahlen. Der Rest von M. 5.298 (1.660) soll abgeschrieben werden.

Die Vermögensrechnung verzeichnet bei einem Aktienkapital von M. 120.000.- (wie l. V.) auf das noch M. 45.100 einzuzahlen sind, laufende Verbindlichkeiten in Höhe von Mark 1.878.469 (1.352.443) und Außenstände von Mark

1.534.977 (1.417.579). Das Bargeld beträgt Mark 1.372 (1.832), während die Koksbestände mit Mark 150.048 zu Buch stehen. Neu ist auch die Angabe der Beteiligungen mit M. 22.250.-.

Deutschlands Koksproduktion.

Im Mai d. J. wurden gegen den gleichen Monat des Vorjahres im Deutschen Reich gewonnen: 15.987.699 (14.268.674) t Steinkohlen, 7.389.680 (6.865.438) t Braunkohlen, 2.642.189 (2.673.104) t Koks, 555.997 (451.087) t Steinkohlenbriketts und 1.926.473 (1.710.005) t Braunkohlenbriketts. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai wurden gefördert 79.131.777 (77.648.129) t Steinkohlen, 37.192.341 (35.041.459) t Braunkohlen, 13.309.963 (13.333.419) t Koks, 2.603.211 (2.388.598) t Steinkohlenbriketts und 9.414.518 (8.576.457) t Braunkohlenbriketts. Eingeführt wurden in der gleichen Zeit (Januar-Mai): 3.830.000 (4.071.000) t Steinkohlen, 2.686.000 (2.911.000) t Braunkohlen, 229.000 (235.000) t Koks, 13.000 (9.000) t Steinkohlenbriketts und 57.000 (52.000) t Braunkohlenbriketts. Die Ausfuhr stellte sich in dem gleichen Zeitraum auf: 14.900.000 (13.691.000) t Steinkohlen, 27.000 (26.000) t Braunkohlen, 2.171.000 (2.873.000) t Koks, 1.607.000 (1.024.000) t Steinkohlenbriketts und 355.000 (375.000) t Braunkohlenbriketts.

Schließt man zur Förderung die Einfuhr hinzu und zieht man dann die Ausfuhr ab, so ergibt sich folgender Verbrauch: 68.053.000 (68.028.000) Tonnen Steinkohlen, 39.851.000 (37.926.000) t Braunkohlen, 11.368.000 (10.695.000) t Koks, 1.669.000 (1.374.000) t Steinkohlenbriketts und 9.137.000 (8.244.000) t Braunkohlenbriketts.

Die Notlage der Zementindustrie.

Die Geschäftsberichte der Zementgesellschaften für das Jahr 1913 weisen vielfach auf die starke Erzeugungseinschränkung hin, die durch die Verbandsbildung veranlaßt ist. Bis zu 50 Prozent mußte oft die Erzeugungsfähigkeit das ganze Jahr hindurch herabgesetzt werden. Wenn auch diese 50 Prozent kein Durchschnitt sind, so läßt sich doch nicht leugnen, daß in der Zementindustrie heute genau so unwirtschaftlich produziert wird wie im Kalibergbau. Die Zementindustrie war schon immer mit Betrieben überbesetzt, aber früher wurden nach einiger Zeit die schwachen Betriebe bald wieder ausgestoßen. Seit die Verbände eingegeben sind, werden auch Betriebe sichergestellt, die früher im Rahmen der freien Konkurrenz bald wieder eingegangen wären. Dieser Zustand wird allmählich auch den großen und starken Betrieben lastig, die durch die Kontingentierung der Erzeugung eines Kreises von Fabriken in ihrer Entwicklungsfähigkeit gehemmt sind. Sie erkennen die Unwirtschaftlichkeit des heutigen Zustandes immer mehr: eine ganze Reihe leistungs-schwacher Betriebe wäre überflüssig, um Bewegungsfreiheit für die starken Betriebe zu schaffen, die mit Rücksicht auf die schwächere ihre ganze Ueberlegenheit gar nicht entwickeln können. Ob es im Rahmen der Verbandsbildung möglich ist, die Mißstände zu beseitigen, ist mehr als fraglich. Vielmehr liegen die Dinge so, daß die finanziellen Nachteile aus dem jetzigen Zustande viele Betriebeleiter immer mehr von der Notwendigkeit der Abkehr von der bisherigen Verbandspolitik überzeugen. Der heute Zustand ist sowohl vom Standpunkt der einzelnen Fabrik als auch vom Standpunkt des Gesamtgewerbes aus durchaus unwirtschaftlich und unhaltbar.

Verkehr.

Rheinschiffahrt.

c. Bingen, 23. Juni. Langsam aber sicher geht der Wasserstand des Rheines seit einigen Tagen zurück. Das Wasser hat nunmehr einen Stand von weniger als 3,20 m gemessen nach dem Pegel von Bingen, sodaß die Einschränkungen der Schiffahrt wieder aufgehoben sind. Der Schiffsverkehr auf dem Rheine hatte in den letzten Tagen etwas nachgelassen, ist jetzt jedoch lebhafter geworden. Der Güterverkehr ist nach wie vor lebhaft, wobei Holz und Brennstoffe, meist Ruhrkohlen, an erster Stelle aller verfrachteten Güter stehen. Die Schiffe können mit voller Ladung befrachtet werden. Die Nachfrage nach Leerraum ist aus diesem Grunde gering. Die Frachtsätze sind gedrückt.

Das Recht der Interstate Commerce Commission Frachtraten vorzuschreiben.

Washington, 23. Juni. (W. B.) Die gestern ergangene Entscheidung im Internountain-Raten-Falle erkennt zum erstenmal das Recht der Interstate Commerce Commission an, Frachtraten selbst vorzuschreiben. Infolge dieser Entscheidung treten im Jahre 1911 die von der Interstate Commerce Commission angeordneten ermäßigten Frachtsätze nach den sogenannten Internountain-Punkten wie Saltlake, Spokane etc. in Kraft. Die Entscheidung dürfte aber auch eine Neuregulierung der Frachtsätze bei der Mehrzahl der Eisenbahnen notwendig machen. Die Ermäßigungen werden verschiedentlich bis zu 20 Prozent geschätzt.

Warenmärkte.

Weiteres Sinken des Weizenmehlspreises.

Wie wir in unserem Mittagsblatt vom 20. d. M. berichteten, hat die Süddeutsche Mühlen-Vereinigung G. m. b. H., Mannheim den Großhandelspreis für Weizenmehl No. 0 am genannten Tage um 25 Pfennige auf M. 30,50 für den Doppelzentner ab Mühle herabgesetzt. Diese Preisermäßigung versteht sich, wie wir ergänzend hervorheben möchten, für Lieferung Juni-September. Für spätere Termine, insbesondere Lieferung Oktober-November ist der genannte Preis von heute ab auf M. 30.- für den Doppelzentner herabgesetzt worden.

Kartoffel-Fabrikate.

(Marktbericht der Deutschen Stärke-Verkaufsgenossenschaft G. m. b. H., Berlin.)

Die abgelaufene Berichtspanne brachte insofern einige neue Momente, als es nicht an Versuchen fehlte, für eine bessere Stimmung am Markte durch Heraussetzung der Notierungen einzutreten. Wenn auch eine Berichtigung für dieses Vorgehen durch die in sich niedrigen Fabri-

katpreise, welche den Fabriken kaum die Einstandswerte erbringen, vorhanden ist, so scheitern leider alle diese Bemühungen an dem schlechten Geschäftsgang der verarbeitenden Industrien. Dies beweisen die noch immer sehr langsamen Abnahmen auf früher geschlossene Kontrakte.

Trotzdem hat sich eine entschieden freundlichere Auffassung der Marktlage gezeigt, unterstützt durch die Zurückhaltung der Wareninhaber, die mit Angeboten nicht an den Markt drängen. Die Bestände in erster Hand sind wohl nicht so umfangreich als allgemein angenommen wird.

Bei der wechselvollen Witterung der letzten Zeit hat sich der Stand der Kartoffelpflanzen entschieden gebessert und wird im Vergleich zum Vorjahre nicht schlechter beurteilt, wenn auch in einzelnen Distrikten die Entwicklung gegen sonst zurückgeblieben ist.

Notierungen stellen sich per Juni-Juli a. c. frei Berlin: Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, trockene, superior M. 19,25—19,75; dto. prima M. 18,75—19,25; dto. sekunda M. 14,50—16; Bonbonsyrup, 44° M. 23,75—24,25; Capillarsyrup, 44° M. 23,25—23,75; dto. 42° M. 22,25 bis 22,75; Stärkesyrup, prima halbweiß M. 21,25 bis 21,75; Capillarsyrup, weiß M. 22,25—22,75; Dextrin, superior, gelb und weiß M. 25,50—26,00; dto. prima, gelb und weiß M. 25,00—25,50.

Zu notieren lob. Stettin: Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, superior M. 19—19,50; dto. prima M. 18,50—19,00. Alles per 100 kg bei Posten von mindestens 10 000 kg.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 24. Juni. Bei etwas lebhafterem Geschäft setzte dasselbe für Weizen infolge schwächerer Auslandsmeldungen und der wiederermäßigten amerikanischen Forderungen in matter Haltung ein, konnte sich aber im Verlaufe des Verkehrs, als die Nachfrage reger wurde, etwas erholen. Roggen tendierte fest, da die Provinz gute Kaufordres gesandt hatte und andererseits Ware knapp war. In Hafer, Mais und Rüböl war der Verkehr äußerst ruhig. Wetter: bewölkt.

Zahlungseinstellungen und Konkurse.

Konkurse in Deutschland.

Ars (Mosel): Grundbesitzerin Anna Monhoven geb. Olade; Berlin: Kaufmann Paul Pusch; Bocholt: Uhrmacher Ludwig Hallen; Coswig: Wilhelm Hage vorm. M. Götzert; Dresden: Ida Anna vhl. Schneider; Essen: Ehefrau Händler Heinrich Kleinbeyer; Hannover: Restaurateur Karl Tönies; Hannover: Gummiwerk Eduard Frankenberg, G. m. b. H.; Hillesheim: Schlossbrunnen Geroldstein, G. m. b. H.; Hochheim: Weinhandlung Johann Hartmann; Isenhausen: Bäckermeister Gottlieb Beyer; Koblenz: Josef Scholly, Inhaber eines Installations- u. Lampengeschäfts; Kusel: Schlossermeister Ludwig Herl; Landsberg: Uhrmacher und Goldarbeiter Isidor Cohn; Leuwin: Herres- und Damenschneidermeister Joh. Langfeld; Lüdenscheid: Kolonialwarenhandlung Peter Schöns; Lüdinghausen: Fahrradhandlung Heinrich Pago; Nürnberg: Restaurateur Josef Wexler; Regensburg: Hafnermeister Michael Achmann jr.; Rem-

scheid: Schlittschuhfabrikant Hermann Sieper; Rottweil: Link u. Cie; Stolp: Fahrradhandlung Karl Proy; Sülze: Tischlermeister Hermann Neum; Uetersen: Händler Friedrich Wienberg; Ulm: Alfred Edwin Simon; Zabrze: Kaufmann Wilhelm Oitzko.

Landwirtschaft.

Gutes Kirschenjahr.

A. C. Ein gutes Kirschenjahr kann nach den vorliegenden Berichten bezeichnet werden. Fast durchweg ist der Ertrag reichlich. Von allen Märkten wird großes Angebot gemeldet. Wenn auch das Regenwetter vorübergehend die Zufuhren etwas unterbrach, so werden sie jetzt bei schönem Wetter um so stärker. Selbst in Werder, der Obstkammer von Berlin, von wo erst ungünstige Berichte einliefen, hat sich die Ernte noch sehr gebessert, so daß große Mengen guter und trockener Kirschen zum Versand kommen. Natürlich wirken die reichlichen Zufuhren auf die Preise. Im Großhandel werden nach den neuesten Notierungen für das Pfund 15—40 Pfg. bezahlt. Das ist eine große Spannung, die aber durch die Qualität der Kirschen und durch die örtliche Marktlage bedingt ist. An Orten in Kirschengegenden sind die Preise natürlich recht niedrig. Im Kleinhandel schwanken die Preise zwischen 25—50 Pfg. pro Pfund je nach Qualität und Lage des Marktes. In Großstädten sind die Kleinhandelspreise ziemlich hoch; besonders gute Kirschen werden sogar mit mehr als 50 Pfg. bezahlt. Allerdings sind die Preise nicht gleichmäßig: sie sind verschieden nach Stadtteilen, sie sind namentlich verschieden nach Tageszeiten. Die Kirschen verderben sehr leicht und werden schnell unansehnlich. Wenn die frische Ware nicht rasch abgeht, die Witterung heiß ist, dann sind die Händler gegen Abend genötigt, mit den Preisen herunterzugehen, damit sie nur die Ware los werden. Auch wird die Versorgung der Großstädte durch die schwankende Nachfrage der Konsumenten sehr erschwert. Kleine Preisdifferenzen bewirken oft, daß die Kaufkraft ganz merklich zurückgeht. Dadurch geraten aber wieder die Kleinhandlungen in eine unangenehme Situation, da sie in ihrer Zersplitterung im Einkauf die Großhandelspreise bezahlen müssen, die nach der jeweiligen Marktsituation von den Großhändlern mehr oder weniger bestimmt werden. So ist die für die Kinder so erfreuliche Kirsche, denen man sie so billig wie möglich wünschen muß, eine für die Preisbehandlung sehr diffizile, man möchte sagen stark spekulative Ware.

Letzte Handelsnachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 24. Juni. An der Börse waren gefragt: Anilin-Aktien zu 577 Prozent, Homburger Aktienbrauerei-Aktien vorm. Messerschmitt zu 58 Prozent, Schwartz, Speyer zu 122 Prozent und Württemb. Transport-Versich.-Aktien zu 900 Mark pro Stück. Benz-Aktien wurden zu 174 Prozent umgesetzt.

*

r. Düsseldorf, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Aus der heute erschienenen Tagesordnung der am 2. Juli in Mainz stattfindenden Mitgliederversammlung des Deutschen Stahlwerksverbandes, steht neben der Erstattung des Markberichts auch die Neuwahl des 1. Vorsitzenden und seines Stellvertreters, weil das Geschäftsjahr des Stahlwerksverbandes Ende dieses Monats abgelaufen ist. Der Juniversand hat sich, wie wir hören, bisher im Rahmen des Vormonats bewegt.

r. Düsseldorf, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Wie uns mitgeteilt wird, ist in der gestern abgehaltenen Mitgliederversammlung der Deutschen Röhrenwerke die Quotenfrage im ersten Stadium bereits glatt erledigt worden und man rechnet damit, daß das neue Röhrensyndikat bereits am 1. Juli in Kraft tritt, allerdings solange als Provisorium, bis auch das B-Verbande bis zum Jahreschluß zustande gekommen ist.

Leipzig, 24. Juni. In der zu Leipzig abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Holzstoff-Fabrikanten wurde konstatiert, daß die geschäftliche Lage der deutschen Holzindustrie immer noch ungünstig sei. Den sinkenden Preisen der Holzstoffe stehen ständig steigende Rohmaterialpreise und Wechsel sozialpolitischer Lasten gegenüber. (Frid. Zig.)

Glauzig, 24. Juni. In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Zuckerfabrik Glauzig wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (11 Prozent) vorzuschlagen.

Bremen, 24. Juni. Der Generalversammlung der Oelfabrik Groß-Gerau A.-G. in Bremen teilte der Vorsitzende mit, daß die Rohwarenpreise einen weiteren nicht unbeträchtlichen Rückgang erfahren hätten, wodurch das Geschäft besser geworden sei. (Frid. Zig.)

Berlin, 24. Juni. Wie aus Aufsichtsratskreisen verlautet, hat der Geschäftsgang bei der Schomburg A.-G. nachgelassen. Die Dividende wird daher für das am 1. Oktober zu Ende gehende Geschäftsjahr eine Reduktion erfahren. Im letzten Jahre wurden 12½ pCt. Div. verteilt.

Berlin, 24. Juni. In der Generalversammlung der Kammerener Eisenbahngesellschaft wurde für die Vorzugsanteile Serie A eine Dividende von 3½ festgesetzt. Im Laufe der Verhandlungen teilte Herr Karl Fürstberg mit, daß der für 1913 aufgestellte Etat durch die Einnahmen der Gesellschaft bedeutend überholt werden konnte. Es sei anzunehmen, daß auch im Jahre 1914 die Einnahmen die Vorausstellung übersteigen würden. Man kann annehmen, daß das Ergebnis für 1914 es erlauben wird, auf die Staatsubskription ganz zu verzichten.

Berlin, 24. Juni. Wie die B. Z. von interessierter Seite erfährt, wird der Abschluß bei der Oskar Schimmel u. Co. A.-G. in Chemnitz für das am 1. Juli zu Ende gehende Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahre ein starkes Minderergebnis aufweisen. Die Dividende wird daher eine beträchtliche Reduktion erfahren. Sie dürfte noch unter 5 Proz. (7½ Proz.) herabsinken.

Wien, 24. Juni. Die Einnahmen der mazedonischen Eisenbahn betrugen in der Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1914 46 165 Fr. (weniger 16 355 Fr.) und seit dem 1. Januar 1. Ja. 1 060 504 Fr. (weniger 193 917 Fr.).

w. Belgrad, 24. Juni. Laut dem Ausweis der autonomen serbischen Monopolverwaltung für den Monat Mai 1914 betrugen die Bruttoeinnahmen der verpfändeten Monopole sowie die Nettoergebnisse der Zölle, Obststeuer und Stempelmarken 9 476 542 Fr., zusammen seit Jahresanfang 37 125 946 Fr. Für den Dienst der Staatsschuld wurden verwendet 19 508 250 Fr.

w. Konstantinopel, 24. Juni. Die Gesamteinnahmen der anatolischen Eisenbahnen betrugen in der Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1914 248 846 Fr. (mehr 40 196 Fr.) und seit dem 1. Jan. 1. Ja. 4 910 214 Fr. (mehr 343 461 Fr.).

Geschäftliches.

Bermittelt wird seit Wochen von uns allen der Schöpfer des Lebens, unsere Sonne. Und das bei Beginn des Sommers. — Doch gemäß! In einigen Tagen werden wir die sonst übliche Witterung haben. Um bei dem Bestreben, dem nervenstärkenden, gesundheitsfördernden Sonnenlicht möglichst ungebündelt Zutritt zu unserer Haut zu verschaffen, werden wir, nach Möglichkeit jede bedingende Umhüllung abstreifen, im Luft- oder Sonnenbad und bewegen. Doch bei Beginn der Badezeit verfallen wir zu leicht in Überreizung. Entzündungen, Rötungen der Haut, sog. Sonnenbrand, treten auf und bereiten uns halt erhoffter Erholung breitmende Schmerzen und Qualen. Dies zu verhindern, reißt schnell zu befeuchtigen in Rins- u. Creme berufen. Abgesehen von ihrem allgemeinen Gebrauch als Hautpflegemittel hat sie sich bei Hautunreinigkeiten wie Pickeln, Fünfen, Mitesser u. a. sowie bei Wundsein der Kinder und jedem Wundlaufen glänzend bewährt.

Verantwortlich:

Für Politik: L. V.: Dr. Adolf Agthe.
für Kunst und Feuilleton: Dr. Victor Eckert;
für Lokale, Provinziales und Gerichtszeitung:
Richard Schönbelder;
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe.
für den Inseratenteil und Geschäftliches:
Fritz Joos;
Druck und Verlag der
Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.
Direktor: Ernst Müller.

Großes Lager in
Beleuchtungskörper
für elektrisches Licht
Neuanfertigung nach Spezialentwürfen
Änderung von Gasbeleuchtungskörpern
für elektrisches Licht
BROWN, BOVEDI & CIE A.G.
Abt. Installationen vorm. Stotz & Cie. Elek. u. m. H.
O. 8/9 Telefon 662, 980, 2032
Hauptniederlage der Osramlampe.

Die Fahne.

Von Roda Roda.

(Nachdruck verboten.)

Operatives Bureau des Generalstabes. — Laien könnten glauben, daß da die alten Stabs-offiziere abgefragt werden.

Ein geübter Jurist. Im Operativen Bureau bearbeitet man die kriegsführenden Menschheit große Gegenstände. Gegenstände, von denen der gemeine Soldat, und wäre er Oberst, keine Ahnung hat. Die höhere Militär-macht der Feldschlacht, theologische Fragen der Strategie.

In diesem Bureau war Oberstleutnant Klusfischel sozusagen aufgewachsen. Schon als Oberstleutnant, „zugeordnet dem Generalstab“, hatte er eine hohe Vertrauensstellung im Operativen Bureau — seine Aufgabe war es damals, den offiziellen Inhalt der Papierkörbe zu verwalten. Was er zur höchsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten besorgte. — Er stieg zum Hauptmann auf und ward reis befunden, bei den feierlichen Zeremonien zu assistieren, als man Pläne zu Wandervortrügen entwarf. Er hielt sich wieder und durfte bald das Dienststück kopieren. „Technisches Komitee — Streng-Referat — Feldvorsicht für das Färbeln der Schimmel im Mobilisierungsfalle.“ — Seine Aufgaben als Major betrafen einerseits: „Studien zu einer fortifikatorischen Sicherung der Grenzen gegen Biechenstein“ — andererseits: „Die Vorfragen betreffs Verpflegung einer gegen Montenegro operierenden Armee mit Hindob.“ — Endlich als Oberstleutnant ... da bildete sein Referat ein Staatsgeheimnis ...

Eines Tages hatte er die Arbeit vollendet. „Das hat unser Klusfischel wieder prächtig gemacht.“ — sprach der Chef des Operativen Bureau. — sprach der Chef des Generalstabes — sprach endlich auch der Kriegsminister. Und in allen war das Gefühl: Wir müssen ihn mit neuen Ehren beehren.

Klusfischel wird Oberst. Man weiß, daß die Fläschengrüner — die Generalkübler — mitten in der militärischen Hierarchie einen Orden für sich bilden und auf Keuschheit, Gehorsam und Geheimsamkeit veridigt sind. Man weiß aber auch, daß der Orden beim niederen Klerus der Truppiers — ihm — nicht gerade sonderlich beliebt ist. Zwar schreibt der Punkt 23 des Dienstreglements, 1. Teil, dem Soldaten ausdrücklich Kameradschaft vor — die volle und freudige Uebereinstimmung aller in ihrer Gefinnung und in ihrem Streben — und das Evangelium der Zivilisten gebietet: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Wenn die nächsten aber Vorgesetzte sind oder

es bald werden sollen? Wenn das „volle und freudige Streben“ ganz auf Seite der Fläschengrüner bleibt? Was dann? Da freut sich der Truppiert, seinem vorgeordneten Strategen und Operateur hin und da mal eine kleine Unter-lasungsfunde antreiben zu können, eine kleine Unkenntnis der Tornüsterpackung, des unendlich wichtigen Zusammenlegens der Fußklappen. Dann darf der Truppiert wieder einmal triumphieren: „Ja, die Herren Fläschengrüner! Knechtsinsinuationen können's; aber einem Knechts Unterhosen anzuweisen können's nicht.“

Darunter leidet das Ansehen der Fläschengrüner, der Geist der Truppe. Seine Eigenschaft, der Kriegsminister, kann niemand leiden sehen, ohne zu helfen — darum kommandiert man die Fläschengrüner, ehe sie zu höheren Rängen aufsteigen, zum Truppendienst. — So sehr das Operative Bureau jammerte und lamentierte — Oberstleutnant Klusfischel ward ausgesendet — vom grünen Tisch hinaus ins grüne Gelände — um das 4. Bataillon des 103. Infanterieregiments zu führen, nahe bei Permannstadt in Siebenbürgen, im Land der Sachsen und Walachen.

Als die Brigadeführungen mit freiwilligen Marschen begannen, mußte der Herr Oberstleutnant natürlich das Regiment übernehmen — gleichsam als Marschvorseher, nur für ein paar Tage. Nicht um seine Fähigkeiten zu erweisen — an Klusfischel zweifeln, wäre Keckerei. Er sollte ein paar Tage kommandieren — einfach, um einer rituellen Form zu genügen, ohne die man einen Fläschengrüner nun einmal nicht beistimmen kann.

Und hier fängt die Geschichte an, interessant zu werden. Am Abend vor dem Abmarsch kam nämlich Oberst von Oheim zu Klusfischel ins Quartier und sprach:

„Lieber Kamerad — du weißt doch, daß ich morgen Schiedsrichter bin und eine Stunde früher marschiere? Was machen wir unterdessen mit der Fahne?“

Man muß es Klusfischel lassen: so widerlich ihm im Inneren die ganze Kleinlichkeit des Truppendienstes war — was galt ein Regiment dem Mann, der mit Knechten zu kalkulieren pflegte? — er hatte sich, bei Gott, überwinden und die Disposition für morgen bis ins kleinste ausgearbeitet. Er hatte sich notiert, daß man die Halsstreifen ablegen läßt, wenns heiß ist, und gelegentlich rasiet; hatte über die Köcke verfügt, die Bleistricenträger und Vagagewagen — kurz, er hatte sich in die ganze dreieckige Materie eines kleinen Gefechtsmarsches versenkt. Aber an die Fahne hatte er wirklich nicht gedacht.

Der Vorterrand des schlichten Truppenobersten wachte.

„Die Fahne ist natürlich in meinem Hotelzimmer, lieber Klusfischel. Entweder wir lassen sie heute abend in dein Quartier bringen — durch die übliche Projektion, bestehend aus einer Kompanie und Musik — oder, was noch einfacher ist: du tauschst gleich jetzt die Wohnung mit mir, und man holt die Fahne morgen vor dem Abmarsch bei dir ab.“

Klusfischel hatte schon in den wenigen Tagen seines Truppendienstes die Erfahrung gemacht, daß in diesen Kreisen das einfachere Verfahren beliebter ist als das kompliziertere. Er entschloß sich kurz, die Wohnung mit dem Obersten zu tauschen.

Als aber am nächsten Morgen um fünf Uhr eine Kompanie mit Musik vor Klusfischels Hotel erschien, da hatte der Oberstleutnant die Fahne längst wieder vergessen, und es war ihm geradezu rätselhaft, was die Leute eigentlich hier suchten.

Das Schicksal ist lächlich. Auch an der Spitze der Fahnenkompanie stand — nur heute und ausnahmsweise — ein Jünglingsbursche von den Fläschengrüner, ein junger Hauptmann. Er blickte rein zufällig auf die Tafel an der Tür um las da: Oberstleutnant Klusfischel.

„Wo? Wohnt hier nicht Oberst von Oheim, bei dessen Wohnung ich — zu bestimmten Zwecken — zu erscheinen habe?“

Und marschierte wieder ab. Als er zur Wohnung des Obersten kam, war das Reit leer — und auf diese Art geschah es, daß die Fahne des 103. Infanterieregiments in der Ecke eines Hotelzimmers stehen blieb — zusammengedrückt und verpackt wie ein Regenkleid oder sonst ein gleichgültiger Gegenstand. Und man kann die Auflage nicht unterdrücken, daß im ganzen Regiment niemand die Fahne vermisse, zu der doch der Krieger mit Tränen der Ehrfurcht aufblicken soll, um mannhaft für sie zu strecken, wie er geschworen hat.

So stand die Fahne da, in Wäscheleimwand verpackt, und niemand kümmerte sich um sie. Erst ein paar Stunden später trat das Stubenmädchen ein und bemerkte einen fremdartigen Gegenstand in der Ecke.

„Ja, was war denn das?“ dachte sie und wickelte das Ding neugierig auseinander. „Aha, eine alte Fahne! Ich halt zerissen, so haben's die Soldaten abgelassen.“ — Das brüchige Mädchen spielte mit der Fahne, sich aus den alten Seidenfäden was zurecht zu schneiden — vorausgesetzt, daß die Soldaten endgültig auf den Taft verzichteten.

Eine Minute später hob sie, mit dem Staub-

besen in einer Hand, in der andern Hand die Fahne, stief wie immer über den Flur.

„Ja — was war denn das?“ rief der Zimmerkellner und stellte sich unwillkürlich stramm. „Das ist ja a Regimentfahne?“ — Und er klärte das Stubenmädchen gründlich über die Bedeutung einer Fahne auf.

Unterdessen war draußen im Wandervogelgelände allerhand geschehen: der Feind war erlunden, die Vorhut hatte ihn gestellt, die festhaltende Gruppe zur Entwicklung gezwungen, das Gros umfacht. Man hatte die Reiteren eingesetzt, hatte gestimmt und — gesiegt. Die alte Leiter. Jeder Tambur hatte die Sache leiten können — sie gelang auch dem Theoretiker Klusfischel — wenn auch nicht ganz so glatt.

Mitten durch die rastenden Parteien kam Oberst Oheim geritten. Im Schritt und ganz gemächlich. Er trug die weiße Binde der Schiedsrichter am Arm und rauchte seine Zigarre. Warum auch nicht? Heute braucht man sich nicht anzupressen. Das Operative-Bureau führt — die Kritik seiner Exzellenz wird sich auf eine kurze Benediction beschränken. Dann rückt man ein und ist zu Mittag: im Stabsquartier, ein feuriges Mahl von sieben Gängen.

Da ... Donnerwetter — d ... der Fahnenführer hat ja nichts in der ... in der Frage?

„Fahnenführer Maik!“
„Befehlen, Herr Oberst?“
„Recht Ihnen nichts?“

„Fahnenführer Maik! Hältst du offenbar für einen Akt der Herablassung. Er grinst.
„Herr Oberst, meld' gehorsamt, mir fehlt nix. Ich bin pfund.“

„Aber, Mensch, die Fahne?“
„Fahne, meld' gehorsamt? Muß bei a andee Kommanie sein. Mir ham's nit.“

Dem Obersten schwannt allerlei. Er sprengt zu Klusfischel — und Klusfischel erbleicht. Um Himmels willen! Die Fahne steht in der letzten Marschkolonie im Hotel.

Musik und fünfte Kompanie — auf! Richtung umhängen! Laufschritt — zurück nach Vindendorf!“

Sie liegen und leuchten.
Und wer bemerkte sie zuerst und schon von weitem? Das Stubenmädchen.

„Jessad, do armen Soldaten — do kommen sicher um ihre Fahne.“ Er trug's ihnen entgegen, daß's net a so weit rennen brauchen.“

Also dachte das gute Mädchen und zog mit — fliegender Fahne dem Detachement entgegen. Sie war tief gekränkt, wirklich tief gekränkt, als ihr Oberst Oheim — mitten auf dem Markplatz — das Palladium des Regiments mit donner Faust entriß.

Manheim, den 24. Juni 1914.
Ehrl. Gerichtsschlichter. 17

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen etc.

der ordentlichen Beamten der Geschäftsstellen II bis K sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nichtordentlichen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Großh. Kaufes, der Justiz und des Auswärtigen.
Ernannt: Gerichtsvollzieherdienstverweser Karl Stephan beim Amtsgericht Kassel zum nichtordentlichen Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Bielefeld. — Beamtenentscheidungen: den Kassationsbeschwerden Klara Dörberle beim Landgericht Freiburg und Klara Kumpf beim Landgericht Heidelberg. — Versetzt: Gerichtsvollzieher Oskar Zimmermann beim Amtsgericht Bielefeld zum Amtsgericht Karlsruhe.
Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Ernannt: der charakterisierte Polizeiergeant Adam Verlich in Forstheim zum ordentlichen Polizeiergeanten. — Zugewiesen: Revisionsschreiber Alfred Wolf in Emmendingen dem Bezirksamt Rastatt. — Entlassen: Schuttmann Georg Schnitzer in Mannheim.

Großh. Verwaltungsrat.
Statutär angestellt: die Oberärztin Hilse Springer bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. — Beamtenentscheidungen: den Wärtinnen: Elise Feinmann, Marie Herwig, Hilse Schneider und Anna Stühlinger, sämtliche bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen; dem Wärtin Josef Bauer bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch; den Wärtinnen: Elise Kelle und Anna Dumbel, beide bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch; dem Wärtin Albert Zimmermann bei der Heil- und Pflegeanstalt Rastatt. — Entlassen auf Ansuchen: die Wärtinnen Anna Heut und Anna Marie Kappus, beide bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen; die Wärtin Karoline Holzwarth bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.
Die Beamtenentscheidungen: den Bauinspektoren: Joseph Kahl in Sigmaringen, Josef Wölke in Rastatt, Joseph Schifferle in Sigmaringen und Ludwig Koller in Sigmaringen. — Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

Soll- und Steuerdirektion.
Besetzt: die Finanzassistenten: Franz Leffler in Wiesloch nach Offenbach, Edmund Wittling in Wiesloch nach Offenbach, nach Wiesloch, nach Wiesloch in Wiesloch nach Offenbach; der Steuerassistent Friedrich Müller in Rastatt nach Offenbach; der Steuerassistent Karl Stühlinger in Offenbach nach Wiesloch; die Steuerassistenten: Theodor Weidert in Wiesloch nach Offenbach, Gustav Müller in Wiesloch nach Offenbach, Joseph Jakob in Wiesloch nach Offenbach, Franz Seibert in Wiesloch nach Offenbach und Wilhelm Meier in Wiesloch nach Offenbach. — Übertragungen: dem Schatzmann A. D. Adolf Solowin in Wiesloch die Steuerassistenten: Hell-Weidert, dem Wilhelm Meier in Wiesloch nach Offenbach die Stelle eines Steuerassistenten beim Steuerkommissariat Wiesloch. — Zuruheetzung auf Ansuchen: der Steuerassistent Jos. Müller in Wiesloch; der Steuerassistent Adam Schmitt in Wiesloch wegen leibender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste. — Verstärken: der Steuerassistent Heinrich Schmitt in Wiesloch am 31. Mai, der Steuerassistent Adolf Weidert in Wiesloch am 3. Juni und der Steuerassistent Wilhelm Müller in Wiesloch am 5. Juni.

Konsumverein Ilvesheim

z. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva	K	Passiva	K
Kassa-Konto	437 14	Geschäftskonto	2781 80
Bank-Konto	4084 48	Reservefonds	1722 50
G. G. G. Stammschein	403 20	Barenschulden	50 10
Sparanlagen	1008 10	Reingewinn	4790 30
Konto	661 28		
Verlagsgesellschaft	350		
Stammantell-Konto	485		
Parental-Konto	1700		
Baren zum Einzahlungswert	9294 30		9294 30

Mitgliederbewegung:
Mitgliederhand am 1. Januar 1913: 123. Neu eingetretene 15. Abgetretene durch Austritt 1. (Bewegung 1. durch Tod 2. Mitgliederhand am 31. Dezember 1913: 138.
Das Geschäftsjahr der Mitglieder erstreckte sich vom 1. Jan. 1913 bis zum 31. Dez. 1913. Die Gesamtsumme beträgt Mk. 4140.—
Der Vorstand:
Hr. Hofmann, H. Kraft, J. J. Wittig II.
Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern und Belegen übereinstimmend befunden. Ilvesheim a. M., den 12. Februar 1914. [37404]
Der Aufsichtsrat: J. A. Peter Müller.

Arbeitsvergebung.

Für nachstehend verzeichnete Gebäude des Krankenhausneubaus sollen die Spenglerarbeiten und zwar:
III. Mittelbau,
IV. Ost- und Westflügeltrakte,
V. Fronttrakt,
VI. Infektionsbauten,
VII. Pathologisches Institut
im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden.
Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens Dienstag, den 7. Juli d. J., vormittags 10 Uhr an die Kanzlei des unterzeichneten Amtes (Rathaus N. 1, 3. Stock, Zimmer 125) einzureichen, wofür auch die Eröffnung derselben in Gegenwart eines erschienenen Bieters oder deren bevollmächtigter Vertreter erfolgt.
Angebotsformulare werden unentgeltlich auf dem Hochbauamt für den Krankenhausneubau, Zimmer No. 14 abgegeben, wo auch nähere Auskunft erteilt wird.
Mannheim, den 22. Juni 1914.
Städtisches Hochbauamt:
Verres

PROSPEKT über nom. M. 500,000.— vollbezahlte, auf den Inhaber lautende Aktien der Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel im Rheingau, Emission 1913 (Stück 500 zu je M. 1000.— No. 1501—2000).

Die Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. ist eine Aktien-Gesellschaft, welche am 8. Oktober 1888 in das Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts zu Wiesbaden a. Rh. eingetragen worden ist.
Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Winkel im Rheingau und darf überall Zweigniederlassungen errichten; sie unterhält a. B. eine solche in Paris in Baden. Die Dauer der Gesellschaft ist auf eine bestimmte Zeit nicht beschränkt.
Gegenstand des Unternehmens ist die Darstellung chemischer Produkte und der Handel mit solchen. Die Gesellschaft darf sich auch an ähnlichen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen in jeder Form beteiligen.
Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt ursprünglich 1 000 000.— und wurde im Jahre 1910 auf 1 500 000.— erhöht.
In der ordentlichen Generalversammlung vom 20. April 1913 wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft, im Hinblick auf den zu fabrizierende Artikel, sowie auf die weitere zu erwartende Steigerung der Umsätze, in der Weise zu erhöhen, daß bis zu 500 auf den Inhaber lautende Aktien über je nom. 1 000.— unter Ausübung des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre auszugeben werden. Die Erhöhung des Grundkapitals von 1 500 000.— auf 2 000 000.— ist inzwischen durchgeführt und am 3. Mai 1913 in das Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden eingetragen worden.
Die 500 neuen Aktien zu je nom. 1 000.— mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1913 ab, also mit halber Dividende pro 1913, sind von einem Konfession mit der Verpflichtung übernommen worden, die alten Aktien zum Kurse von 165% derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. 1 000.— alte Aktien eine neue Aktie von nom. 1 000.— entfällt. Das Bezugsrecht konnte von den alten Aktionären in der Zeit vom 6.—21. Mai 1913 inoffiziell ausübt werden.
Das Grundkapital beträgt nunmehr auf 2 000 000.— auf den Inhaber lautenden, vollbezahlten, ab 1. Januar 1914 unter sich gleichberechtigten Aktien zu je 1 000.— und zwar 2000 Stück Nr. 1 bis 2000. Die Aktien sind mit der Namensunterschrift eines Mitgliedes der Direktion und des Aufsichtsrates angefertigt.
Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 und höchstens 7 Mitgliedern.
Zur Zeit besteht der Aufsichtsrat aus folgenden Herren:
Alfred Seeligmann, in Firma Alfred Seeligmann & Co., Karlsruhe, Vorsitzender,
Rudolf Wolff, Direktor der Deutschen Vereinsbank, Frankfurt a. M., stellvertret. Vorsitzender,
Karl Schmitt, in Firma Hermann, Baden-Baden,
Geh. Kommerzienrat Konrad Dr. Richard Broffen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Kreditbank, Mannheim,
Dr. Karl Doderhoff, Wiesbaden,
Johann von Rege, Berlin.
Den Vorstand bilden zur Zeit die Herren:
Dr. Oscar Reubner,
Oscar Magnus.
Die Generalversammlung wird von der Direktion oder dem Aufsichtsrat innerhalb der gesetzlichen Frist berufen.
Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben die Aktien, welche sie zu vertreten beabsichtigen, nach einem doppelt bezeichneten Protokoll drei Tage vor der Generalversammlung bei der Direktion oder dem bekannt zu machenden Stellen niederzulegen, oder die ordentliche Hinterlegung bei einem Notar durch ein Verzeichnis, in welchem die Nummern der Aktien angegeben sind, dem Vorstände nachzuweisen. Jede Aktie gewährt eine Stimme.
Alle Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Gesellschaft und dem Zusatz „Die Direktion“ dem „Aufsichtsrat“ im Deutschen Reichsanzeiger und in der frontalierten Zeitung. Der Aufsichtsrat kann noch die Einrückung in andere Blätter anordnen.
Das Rechnungsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
Die Bilanz der Gesellschaft ist der Generalversammlung in den ersten sechs Monaten jedes Jahres vorzulegen.
Von dem Reingewinn, wie er sich nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen ergibt, erhalten:
1. Der Reservefonds die gesetzlichen Beiträge.

2. ab dann die Aktionäre 4% Dividende,
3. von dem danach verbleibenden Betrage
a) der Aufsichtsrat 5%, vorbehaltlich der künftigen Bestimmung, nach welcher, außer Erhaltung der Barauslagen, der Vorsteher des Aufsichtsrates eine feste Vergütung von jährlich 4 000.— erhält, und jedes andere Mitglied eine solche von jährlich je 1 000.— erhalten,
b) die Mitglieder der Direktion und Beamte der Gesellschaft die ihnen nach den Anstellungsverträgen zukommenden Tantiemen, die jedoch zusammen 20% nicht übersteigen dürfen.
Der Ueberrest steht zur Verfügung der Generalversammlung. So lange die Generalversammlung nicht anders bestimmt, können der Reservefonds und die Spezialreserve unverzüglich zum Betriebfonds verwendet werden, vorbehaltlich jedoch ihrer künftigen Bestimmung. Ueber die Verwendung einzelner Spezialreserven entscheidet der Aufsichtsrat, vorbehaltlich anderweiter Bestimmung der Generalversammlung.
An Dividende verteilt die Gesellschaft:
pro 1909: 12% auf 1 000 000.— Aktienkapital
pro 1910: 12% „ 1 000 000.— „ für 1 Jahr
pro 1911: 12% „ 1 000 000.— „ „
pro 1912: 12% „ 1 000 000.— „ „
pro 1913: 14% „ 1 500 000.— „ „
pro 1913: 14% „ 1 500 000.— „ „
Die Dividenden-Rapport sind außer bei der Gesellschaftskasse in Winkel bei:
der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M. und deren Zweigniederlassungen,
der Rheinischen Kreditbank in Mannheim und deren Zweigniederlassungen,
dem Bankhaus Alfred Seeligmann & Co. in Karlsruhe
abholbar.
Wer den vorerwähnten Stellen können auch neue Rapportscheine kostenfrei erhalten, sowie etwaige Beauftragte ausgestellt werden. Obenstehende können auch die Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen kostenfrei deponiert, sowie alle sonstigen, von der Generalversammlung etwa beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen bewirkt werden.
Der Grundbesitz der Gesellschaft umfasst gegenwärtig 40 000 qm, wovon 10 000 am bebaut.
Die Gesellschaft beschäftigt zur Zeit 238 Arbeiter.
Die Gesellschaft hat im Jahre 1904 auf ihren Grundbesitz in Winkel und Durlach zur Befriedigung der erforderlichen Mittel anlässlich der Vereinigung mit der Chemischen Fabrik Durlach und der Erweiterung des Unternehmens eine an 4 1/2% verzinsliche, zu 100% rückzahlbare, hypothekarisch abgesicherte Kasse im Betrage von nom. 1 500 000.—, eingeteilt in 500 Stück auf den Namen der Rheinischen Kreditbank in Mannheim oder deren Orte lautende Teilhaberscheine an je nom. 1 000.—, No. 1—500 emittiert, von welcher Anleihe am 31. Dezember 1913 noch nom. 1 275 000.— in Umlauf waren.
Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt mit 1. April 1920.— für je nom. 1 000.— durch alljährliche Tilgung von 25 Stück Teilhaberscheinen, und zwar vom Jahre 1905 ab. Der Gesellschaft steht es frei, jederzeit außerplanmäßige Tilgungen des ganzen Anlehens beim Reichsbankens oder eines Teilbetrages desselben nach vorausgesetzter Vierteljährlicher, jedoch nur im Monat September jeden Jahres zulässigen Räumung eintreten zu lassen.
Die regelmäßige Auslösung der zu tilgenden Teilhaberscheinen geschieht alljährlich im Monat September; die Rückzahlung der gesamten Teilhaberscheine erfolgt am dem auf die Verlosung folgenden 31. Dezember.
Die seit 1. Januar 1913 zwischen der Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. und der Firma Joh. A. Wendler in Wiesbaden bestehende Interessengemeinschaft ist gegen Ende des Jahres 1913 mit rückwirkender Kraft vom Tage der Errichtung ab im gegenseitigen Einverständnis und unter Aufrechterhaltung der früheren Verbindlichkeiten zur Auflösung gekommen.
Die für das Geschäftsjahr 1913 genehmigte und veröffentlichte Bilanz, nebst Gewinn- und Verlust-Konto lautet wie folgt:

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1913				Passiva			
Aktiva		Soll.		Haben.		Soll.	
Grundstücke	142 689 08			Aktienkapital	2 000 000		
Gebäude	201 412 02			Reservefonds	278 180		
Neubau-Gebäude	90 743 47			Verloste Obligationen	5 080		
Beamten-Wohnungen	78 521 82			Reingewinn	570 000		
Fuhrwerk und Maschinen	55 910 77			Reingewinn II	100 000		
Werkzeugen und Utensilien	294 309 01			Kassa-Konto	50 000		
Neubau-Maschinen	144 548 09			Konto	34 700		
Recht	272 129 59			Gewinn-Konto	2 002 452 48		
Rolle	6 030 76			Gewinn-Konto aus 1912	67 438 74		
Staatspapiere und Bauschiffe	266 452 28			Netto-Gewinn aus 1913	840 708 10		
Andere Effekten und Beteiligungen	280 918 02						
Vorrats-Konto	1 483 947 16						
Konto	34 700						
Recht-Konto	1 978 100 24						
Debitoren	5 450 440 20						

*) Hierunter befindet sich der Betrag von Aktien der Fabbrica Chimica Italiana Goldenberg in Palermo, die bis jetzt eine Dividende noch nicht verteilt hat.

Soll. Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1913. Haben.

Soll.		Haben.	
Abreibungen		Gewinnvortrag aus 1912	67 438 74
Gebäude		Netto-Gewinn aus 1913	840 708 10
5% von Nr. 201 412 02	10 070 60		
Beamtenwohnungen			
5% von Nr. 78 521 82	1 564 44		
Maschinen und Utensilien			
10% von Nr. 294 309 01	29 430 90		
Fuhrwerk			
10% von Nr. 55 910 77	5 591 08		
4% Dividende vom Aktien-Kapital			
Tantiemen			
175 000			
10% Superdividende			
Gewinnvortrag auf neue Rechnung			
	417 398 84		417 398 84

Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist bisher ein guter.
Winkel im Rheingau, im Juni 1914.
Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co.
Auf Grund vorstehenden Prospektes sind:
nom. M. 500,000.— vollbezahlte, auf den Inhaber lautende Aktien
der
Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co.
in Winkel im Rheingau
Emission 1913
(Stück 500 zu je M. 1000.— No. 1501—2000)
zum Handel und zur Notierung an den Börsen zu Frankfurt a. M. und zu Mannheim zugelassen worden.
Frankfurt a. M., im Juni 1914.
Mannheim,
Deutsche Vereinsbank.
Rheinische Creditbank.

